



# Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

## PROTOKOLL

Sitzung Nr. 9  
Dienstag, 21. August 2012  
18:02 - 20:50 Uhr  
Kantonsratssaal der Rathauslaube  
Genehmigt am: 11.09.2012

---

Vorsitz:	Dr. Raphaël Rohner	FDP
Protokoll:	Gabriele Behring	
Stimmzähler:	Dr. Cornelia Stamm Hurter Beat Steinacher	SVP SP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 33 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Theresia Derksen Urs Fürer	CVP SP

---

## TRAKTANDEN

1	<b>Geschäfts- und Verwaltungsbericht 2011 des Stadtrats der Stadt Schaffhausen</b>	<b>Seite</b>	<b>6</b>
2	<b>VdSR vom 24. Januar 2012: Systematisierte Leistungsanalyse (SLA) - Massnahmenpaket 2</b>	<b>Seite</b>	<b>9</b>

## PENDENTE GESCHÄFTE

### EINGANG

12.07.2011	VdSR Verkauf von Baurechtsgrundstücken (*)	SPK
06.12.2011	VdSR Wohnraumentwicklung Schaffhausen, Entwicklungspaket 1, Abgabe von städtischen Grundstücken	SPK
20.12.2011	VdSR Sanierung der Gebäude und Aussenanlagen des Rheinstrandbades und Campingplatzes Langwiesen, Feuerthalen	FK Bau
14.02.2012	VdSR Revision der Richtlinien zur Vergabe von Grundstücken der Stadt Schaffhausen im Baurecht (*)	SPK
06.03.2012	VdSR Finanzieller Beitrag an das private Projekt FCS Park	GPK
22.05.2012	VdSR Sport- und Veranstaltungshallen Stahlgiesserei - ein Projekt im Rahmen von "Zukunft Stadtleben"	FK Bau
15.06.2012	Postulat Urs Tanner (SP): 10 Tage Vaterschaftsurlaub für städtische Angestellte	
02.07.2012	Volksmotion betreffend sanfte Modernisierung der Rhybadi	
17.07.2012	VdSR Bericht des Stadtrats zur Motion Wullschleger "Gesunde und attraktive Finanzen"	GPK
07.08.2012	VdSR Abgabe im Baurecht einer Teilfläche von ca. 4'155 m <sup>2</sup> der städtischen Parzelle GB Nr. 8161 "Merishausertal"	FK Bau
07.08.2012	VdSR Masterplan Gestaltung Rheinufer, Teilprojekt 2: Gestaltung Freier Platz/Schiffände	FK Bau
21.08.2012	Postulat Till Hardmeier (JFSH): Mehr Rhein für Schaffhausen	

(\*) Vorberatung von beiden Vorlagen in der gleichen SPK

### Kleine Anfrage 2012:

- Urs Tanner (SP):  
Bevorzugung öV vom 25. Juni 2012
- Daniel Schlatter (SP)/Martin Jung (AL):  
Sparpläne des Kantons gemäss Entlastungsprogramm ESH3 vom 27. Juni 2012
- Werner Schöni (SVP):  
Erfüllt der Stadtschulrat seine Aufgaben

## **BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE**

---

### **Traktandum 1      Geschäftsbericht 2011 des Stadtrats**

---

Gemäss Art. 27 lit. h der Stadtverfassung ist der Geschäftsbericht des Stadtrats vom Grossen Stadtrat zu genehmigen.

Der Grosse Stadtrat heisst den Geschäftsbericht 2011 des Stadtrats nach der formellen Beratung in der Schlussabstimmung mit 32:0 Stimmen gut.

### **Traktandum 2      Vorlage des Stadtrats vom 24. Januar 2012: Systematisierte Leistungsanalyse (SLA)- Massnahmenpaket 2**

---

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrats vom 24. Januar 2012 sowie den Bericht und Antrag der SPK mit den angepassten Anträgen vom 11. Juli 2012 mit 16:11 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates "Systematisierte Leistungsanalyse (SLA) - Massnahmenpaket 2" vom 24. Januar 2012 und vom Bericht der Spezialkommission vom 11. Juli 2012.
2. Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, die Massnahme 2 aus Kapitel 3.3.1 (neues Konzept für die Erteilung von gebührenpflichtigen Parkplätzen auf öffentlichem Grund in Parkzonen mit einheitlichen Parkgebühren und Parkzeiten) unter Einbezug der Voten aus der Spezialkommission zu realisieren.
3. Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, für die Massnahme 4 aus Kapitel 3.3.2 (Städtische Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenbeihilfe) die für einen definitiven Entscheid erforderlichen Grundlagen auszuarbeiten und dem Grossen Stadtrat eine Vorlage zu unterbreiten.
4. Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, folgende Massnahmen aus Kapitel 3.3 der Vorlage zu streichen und nicht weiter zu verfolgen:  
  
Kapitel 3.3.1 Massnahme 1:      Personalrekrutierung  
Kapitel 3.3.2 Massnahme 3a):      Weingut/Rebgut, Umzonung Teile der Rebfläche  
Kapitel 3.3.2 Massnahme 3b):      Weingut/Rebgut, Outsourcing des Rebbetriebs

**BEGRÜSSUNG**

Der **Ratspräsident, Dr. Raphaël Rohner (FDP)**, eröffnet die Sitzung Nr. 9 vom 21. August 2012 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, des Stadtpräsidenten, der Frau Stadträtin und der Herren Stadträte sowie der Medienberichterstatter und der Gäste auf der Tribüne. Speziell begrüsst wird Marisa Miguel, zuständige Rechtsberaterin für das Baureferat in der Stadtkanzlei, die dem Rat für allfällige Fragen zu Traktandum 3 zur Verfügung steht.

**Mitteilung des Ratspräsidenten:**

Urs Tanner (SP) hat dem Ratsbüro mitgeteilt, dass er seine Motion vom 15. Juni 2012 betreffend 10 Tage Vaterschaftsurlaub für städtische Angestellte in ein **Postulat** umwandeln wird. Das Postulat wird damit auf die Traktandenliste der nächsten Ratssitzung aufgenommen.

**Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:**

- VdSR Bericht des Stadtrats zur Motion Wullschleger "Gesunde und attraktive Finanzen" vom 17. Juli 2012 mit korrigierter Fassung der Seite 12 der Vorlage
- VdSR Abgabe im Baurecht einer Teilfläche von ca. 4'155 m<sup>2</sup> der städtischen Parzelle GB Nr. 8161 "Merishausertal" vom 7. August 2012
- VdSR Masterplan Gestaltung Rheinufer: Teilprojekt 2 vom 7. August 2012
- Bericht und Antrag zur VdSR Revision der Richtlinien zur Vergabe von Grundstücken der Stadt Schaffhausen im Baurecht vom 7. Juni 2012
- Bericht und Antrag zur VdSR Systematisierte Leistungsanalyse (SLA), Massnahmenpaket 2 vom 11. Juli 2012
- Antwort des SR auf die Kleine Anfrage vom 7. August 2012 von Beat Brunner: Wem gehören die Luxusparkplätze bei der BBC Arena und wer bewirtschaftet sie?
- Kleine Anfrage Nr. 14 von Werner Schöni: Kreisel beim Ebnat vom 23. Juli 2012 sowie Antwort des SR vom 14. August 2012
- Kleine Anfrage Nr. 15 von Werner Schöni: Erfüllt der Stadtschulrat seine Aufgaben vom 10. August 2012
- Kleine Anfrage Nr. 16 von Till Hardmeier: Parkplatznot - wie weiter? vom 10. August 2012 sowie die Antwort des SR vom 20. August 2012
- Antwort des SR vom 21. August 2012 auf die Kleine Anfrage Nr. 8 von Simon Stocker (AL) betreffend Nutzen der Regionalpolitik für die Stadt Schaffhausen
- Einladung zum Henkermöhli am 25. September 2012 (Anmeldung beachten)
- Bereinigtes Adressverzeichnis des Grossen Stadtrats
- Geschäftsbericht Städtische Werke 2011
- Einladung zu europäischem Tag des Denkmals vom 6. und 8. September 2012

**Neu eingegangene Geschäfte seit der letzten Ratssitzung und Zuweisungen an Fach- oder Spezialkommissionen:**

- VdSR Bericht des Stadtrats zur Motion Wullschleger "Gesunde und attraktive Finanzen" vom 17. Juli 2012. Vorschlag des Büros: Zuweisung an die GPK.

**Gädi Distel (CVP)** stellt Antrag auf Zuweisung zur Vorberatung in eine SPK.

**Urs Tanner (SP)** schliesst sich dem Antrag von Gädi Distel an. Angesichts der Dicke, des Alters und der Wichtigkeit dränge sich eine Zuweisung in eine 11er-Spezialkommission auf, zumal die CVP keinen Vertreter in der GPK hat.

**Abstimmung:**

Der Grosse Stadtrat heisst die Zuweisung zur Vorberatung in die GPK mit 17:11 Stimmen gut.

- VdSR Abgabe im Baurecht einer Teilfläche von ca. 4'155 m<sup>2</sup> der städtischen Parzelle GB Nr. 8161 "Merishausertal" vom 7. August 2012. Vorschlag des Büros: Zuweisung FK Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit. *Kein Gegenvorschlag, so beschlossen.*
- VdSR Masterplan Gestaltung Rheinufer: Teilprojekt 2 vom 7. August 2012. Vorschlag des Büros: Zuweisung FK Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit. *Kein Gegenvorschlag, so beschlossen.*

**PROTOKOLL**

Das Protokoll der Sitzung Nr. 8 vom 3. Juli 2012 wurde vom Büro geprüft und genehmigt. Es liegt zur Einsichtnahme bei der Ratssekretärin auf dem Kanzleisch auf. Begehren auf Änderungen sind innert 10 Tagen dem Ratsbüro mitzuteilen. Das Protokoll gilt somit unter dem Vorbehalt von Art. 32 Abs. 3 und 4 GO als genehmigt.

**TRAKTANDENLISTE**

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt. Es werden keine Änderungsanträge gestellt, somit gilt sie als genehmigt.

**Persönliche Erklärung Josef Eugster (SVP):**

"Meine persönliche Erklärung ist mir ein Anliegen. Es geht darum, dass gewisse Sachen, die unerfreulich sind, nach Möglichkeit im Rat verhindert werden können. Wie Sie bestimmt noch alle wissen, haben die Schaffhauser Nachrichten im Vorfeld der anstehenden Wahlen mit den amtierenden Stadträten Interviews durchgeführt, mit dem Kommentar "und das sagt der Gegner". Dieses Interview wurde mit dem Baureferenten und meiner Person als sogenannter Gegner durchgeführt. Ich möchte erwähnen, dass ich jetzt vielleicht einige Personen hier im Ratssaal oder den Leserbriefschreiber aus Hallau, der meine provokative Stellungnahme dem Stil der SVP zuordnete, enttäuschen werde. Der Hintergrund liegt ganz wo anders. Stellen Sie sich vor, Sie wären die betroffene Person. Ich gehe davon aus, dass Sie dies gar nicht lustig fänden und vermutlich total frustriert wären.

Wenn im Baureferat Probleme und Schwierigkeiten auftreten, laufen die meisten Ratsdebatten und Medienberichte nach meinem Empfinden eben so ab. Danach geht man wieder zur Tagesordnung über und wartet auf ein „Neues“, ohne die Probleme anzugehen. Natürlich hat der Baureferent eine gewisse Verantwortung zu tragen. Ich frage mich aber, ab wann steht der gesamte Stadtrat in der Verantwortung? Da sind auch noch die Fachangestellten und Chefbeamten aus der Verwaltung, zusätzlich gibt es die Parlamentskommission als SPK oder die ständige Fachkommission. Welches Mass an Verantwortung ist hier wem zuzuordnen? Bei der Umsetzung von definierten Projekten werden Baukommissionen mit Vertretern aus dem Parlament zusammengestellt. Welche Verantwortung ist diesen Baukommissionen zuzuordnen? Können sie sich überhaupt durchsetzen oder werden sie zu Marionetten degradiert?

Weitaus das grösste Problem sehe ich bei den externen Architekten, die nicht bereit

sind, Abweichungen von ihrem Projekt zu akzeptieren sowie bei Ingenieuren und Fachplanern, die mangelhafte Leistungen erbringen, und dies alles für gutes Geld und in der Regel nicht zu knapp.

Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung grösserer und auch kleinerer Bauvorhaben ist, dass die technischen Grundlagen und Kostenberechnungen fachkompetent und zuverlässig ausgearbeitet werden. Alle erwähnten Beteiligten - Spezialkommissionen, Fachkommissionen, Baukommissionen und der Baureferent - müssen sich auf die Fakten und Zahlen verlassen können, die vorgelegt werden, ansonsten ist die ganze Arbeit, die geleistet wurde, nutzlos.

Viele offene Fragen, die zum Nachdenken anregen sollten und, so hoffe ich, bei der nächsten Diskussion im Zusammenhang mit den anstehenden Bauabrechnungen etwas zur Sachlichkeit beitragen werden. “

**Persönliche Erklärung Beat Brunner (EDU):**

”Ich komme auf die Antwort auf meine Kleine Anfrage zurück; leider wurde Frage 4 meiner Ansicht nach nicht ganz beantwortet. Hier steht, dass der Anliefer- und Suchverkehr durch das Quartier im Teil B durch diese Massnahme verhindert wird. Gerade heute habe ich erlebt, dass die ganze Strasse mit Autos, die Fussballkinder abliefern, voll parkiert ist, was zwei bis drei Mal in der Woche geschieht. Die Frage, wer hat den Auftrag an die Firma Looser für diese neuen Privatparkplätze (Zweiradparkplätze) gegeben und wer hat sie bezahlt, wird nicht beantwortet. Die Frage 5 ist hinfällig, weil die Zweiradparkplätze keine Bewirtschaftung benötigen. In meinen Augen ist die teure Absperrvorrichtung mit einer Kette total überflüssig. “

---

**Traktandum 1            Geschäfts- und Verwaltungsbericht 2011 des Stadtrats der Stadt Schaffhausen**

---

**Hinweis des Ratspräsidenten:**

Gemäss Art. 27 lit h der Stadtverfassung hat der Grosse Stadtrat den Geschäftsbericht des Stadtrats zu genehmigen.

**Till Hardmeier (JFSH):**

”Die bürgerlich-liberale Fraktion wird auf das Geschäft eintreten und ihm zustimmen. Wir haben aber noch einen Wunsch und einen Antrag:

- Wunsch: Der Stadtrat sollte etwas mehr zu den Risiken und Problemen berichten. Es ist zurzeit ein Geschäftsbericht, der für mich nach Politmarketing aussieht.
- Antrag: Wir möchten beliebt machen, dass diejenigen Bereiche im Verwaltungsbericht gestrichen werden, über die mit separaten Geschäftsberichten informiert wird, beispielsweise die Städtischen Werke, die Stiftung Impuls oder die Verkehrsbetriebe, zumal dort detailliertere Informationen enthalten sind. Deshalb können die 23 Seiten im Verwaltungsbericht eingespart werden. “

**Dr. Raphaël Rohner (FDP)** weist darauf hin, dass der Grosse Stadtrat zwar den Bericht genehmigen, aber keine Anträge betreffend Gestaltung stellen kann, da dies im Kompetenzbereich des Stadtrats als Exekutivgremium liegt. Der Ratspräsident geht aber davon aus, dass der Stadtrat die vom Parlament eingebrachten Anliegen entgegen nimmt und entsprechend beraten wird.

**Stadtpräsident Thomas Feurer** nimmt den Hinweis und das Anliegen von Till Hardmeier (JFSH) entgegen und fügt ergänzend hinzu, dass der Geschäftsbericht nicht primär eine Informationsbroschüre des Stadtrats für den Grossen Stadtrat darstellt, sondern hauptsächlich als Cover sowohl für befreundete Städte als auch für Partnerorganisationen und Neuzuzüger benutzt wird. Neuzuzüger erhalten anstelle des Verwaltungsberichts umfassende Unterlagen zur Stadt Schaffhausen. Der Stadtpräsident bittet darum, diese Zweiteiligkeit des Geschäftsberichts zu berücksichtigen, das heisst einerseits der Geschäftsbericht als Cover und andererseits die Version mit dem integrierten Verwaltungsbericht, die dem Parlament zugestellt wird.

**Edgar Zehnder (SVP)** stellt fest, dass auf Seite 26 im Kapitel "Rückblick des Präsidenten auf sein Präsidialjahr 2011" seine Parteizugehörigkeit CVP lautet. Dies sei zwar belanglos, trotzdem fühle er sich sehr wohl bei der SVP.

Der **Ratspräsident** bittet darum, das Foto von Thomas Hauser auf Seite 27 des Geschäftsberichts zu überprüfen (es ist spiegelverkehrt).

Es wird kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde, Eintreten ist somit beschlossen.

#### **DETAILBERATUNG:**

Der **1. Vizepräsident, Daniel Schlatter (SP)**, verliest den **Verwaltungsbericht 2011 der Stadt Schaffhausen** (pro Kapitel) wie folgt:

#### **Walter Hotz (parteilos) zu Seite 13, Personelles:**

"Dr. René Specht hat sein Pensum auf 90% gekürzt. Ich habe die Frage, ob sich dies im Service Public ausgewirkt hat. "

**Stadtpräsident Feurer** hält fest, dass sich die Reduktion von 10% nicht negativ auf den Service Public ausgewirkt habe und im Hinblick auf den Rücktritt von Dr. René Specht die richtige Massnahme sei, mit der die bevorstehende Übergabe vorbereitet werde.

#### **Andi Kunz (AL) zu Seite 11:**

"Ich kann Seite 11 entnehmen, dass der WLAN-Anschluss im Lesesaal der Stadtbibliothek erneut deutlich häufiger als im Vorjahr genutzt wurde. Der Anstieg beträgt immerhin satte 50%. Das Angebot entspricht offensichtlich einem steigenden Bedürfnis. Auch die Internet-Arbeitsplätze in der Agnesenschütte erfreuen sich einer steigenden Nachfrage. Ich habe mich gefreut, als der Stadtrat mit dem Budget 2012 meine Idee wieder aufgegriffen hat und damit seinem Versprechen doch noch Taten folgen lassen will, auch in der Freihandbibliothek einen kostenlosen WLAN-Anschluss einzurichten. Als ich bei meinem letzten Besuch in der Freihandbibliothek nach dem Zugangscode für den WLAN-Zugriff fragte, erhielt ich jedoch statt des gewünschten Zugangs nur ratlose Reaktionen. Ich nutze deshalb die

Gelegenheit, Stadtpräsident Feurer zu fragen, wie es um die Umsetzung des Vorhabens steht und wann mit der Realisierung des Angebots gerechnet werden darf. “

**Stadtpräsident Feurer** stellt fest, dass er in der Agnesenschütte noch nie einen WLAN-Anschluss benutzt habe; eine entsprechende Antwort zu diesem Thema werde von Dr. René Specht zu einem späteren Zeitpunkt nachgereicht.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Der **1. Vizepräsident, Daniel Schlatter (SP)**, verliest den **Geschäftsbericht 2011 der Stadt Schaffhausen** (pro Referat) wie folgt:

**Martin Egger (FDP) zu Seite 27:**

”Die FDP-Fraktion hat den Geschäftsbericht 2011 des Stadtrats besprochen und unsere Stadtratsmitglieder konnten die gestellten Fragen beantworten. Wir werden den Geschäftsbericht einstimmig genehmigen. Wie bereits vom Ratspräsidenten erwähnt, möchten wir zuhänden des Protokolls und an die Adresse des Redaktionskomitees nochmals den dringenden Wunsch äussern, das Foto von Thomas Hauser auf Seite 27 in der nächsten Ausgabe endlich richtig und nicht spiegelverkehrt - wie bereits schon letztes Jahr geschehen - abzubilden. “

**Andi Kunz (AL) zu Seite 29:**

”Ich musste schmunzeln, als ich auf Seite 29 des Geschäftsberichts folgenden Satz entdeckte: “Den Charme Schaffhausens machen seine gut erhaltene und verkehrsfreie historische Altstadt und die schöne Lage am Rhein aus”. So geflunkert hat der Stadtrat wohl schon lange nicht mehr. Und damit meine ich nicht die schöne Lage am Rhein und auch nicht den guten Zustand unserer Altstadt. Aber eine verkehrsfreie Altstadt? Das stimmt streng genommen noch nicht einmal für die Fussgängerzone. Auch wenn wir den Auto- und Lastwagenkorso wegdenken, der sich jeweils frühmorgens durch die Fussgängerzone schlängelt, ändert dies nichts an der Tatsache, dass unsere Altstadt zu einem überwiegenden Teil dem motorisierten Verkehr als Manövrier- und Parkfläche zur Verfügung steht. Auf dem Kirchhofplatz, dem Platz, dem Kammgarnhof, in der Stadthausgasse und beispielsweise auch in der Neustadt schlängelt sich täglich eine Blechlawine auf der Suche nach einem freien und noch günstigeren Parkplatz. Es ist wirklich schade, dass die schönsten Plätze unserer Stadt als Parkzonen missbraucht werden. Eine verkehrsfreie Altstadt ist also weit gefehlt. Ich möchte vom Stadtrat wissen, ob er nicht auch der Meinung ist, dass seine Aussage im Geschäftsbericht wenn nicht eine Lüge, so doch ziemlich übertrieben ist. Und was er zu tun gedenkt, um seinen Worten endlich Taten zu folgen? Nun bin ich gespannt auf die Antwort. “

**Stadtpräsident Feurer:**

”Ich widerspreche Andi Kunz vehement. Die Altstadt muss befahren werden können, um die Geschäfte zu beliefern. Diejenigen Kunden, die in der Stadt einkaufen, benötigen teilweise ein Auto. Die verkehrsfreie Fussgängerzone gehört nach wie vor zu den Highlights der Besucherinnen und Besucher und der Einwohner unserer Altstadt. Die Wahrnehmung von Andi Kunz deckt sich keineswegs mit der Wahrnehmung der Mehrheit der Leute. Die Fussgängerzone gehört wie der Munot auch zu einem der Wahrzeichen von Schaffhausen. Änderungen kommen immer wieder einmal vor, aber trotzdem ist und bleibt unsere Fussgängerzone ein Vorzeigemodell. “

**Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP) zu Seite 28:**

„Ich habe noch eine kleine Bemerkung zu Seite 28, Bürgerrat. Was dort steht, ist nicht ganz korrekt. Leonardo Pivetta wird per Stand 31.12.2011 erwähnt, er ist aber erst seit 2012 im Rat; vorher war Florian Keller Vertreter der AL im Bürgerrat. Bitte nehmen Sie dies zur Kenntnis.“

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

**SCHLUSSABSTIMMUNG:**

Der Grosse Stadtrat genehmigt in der Schlussabstimmung den Geschäftsbericht 2011 des Stadtrats mit 32:0 Stimmen.

**Traktandum 2            VdSR vom 24. Januar 2012: Systematisierte  
Leistungsanalyse (SLA) - Massnahmenpaket 2**

---

**Katrin Hauser-Lauber (FDP)**

**Bericht der SPK**

„Gerne berichte ich Ihnen über die Kommissionsarbeit der Spezialkommission VdSR „Systematisierte Leistungsanalyse (SLA) - Massnahmenpaket 2“. Es handelte sich um eine 11er-Kommission, die an drei Sitzungen tagte. Zuerst möchte ich meinen Dank an Stadtrat Peter Neukomm richten, der das Geschäft durch alle Sitzungen begleitete. Er wurde von Werner Bianchi, der uns ebenfalls kompetent Auskunft geben konnte, unterstützt. Speziell bedanken möchte ich mich bei Ursula Peter, die das Protokoll sehr ausführlich und professionell geführt hatte. Im Weiteren waren anlässlich einzelner Massnahmen SR Jeanette Storrer mit Herbert Distel und Beat Schmocker anwesend. Durch die fachspezifischen Fragen aus dem Bereich Wald und Landschaft begleitete uns Walter Vogelsanger. Herbert Bolli erläuterte uns an einer Sitzung unsere Fragen aus Sicht der Städtischen Werke. Nicht zuletzt möchte ich auch den Mitgliedern der Spezialkommission für ihre engagierte Diskussion und die Teilnahme an den Sitzungen danken.“

Wie das erste Massnahmenpaket der Systematisierten Leistungsanalyse besteht auch das zweite, hier vorliegende Paket aus unterschiedlichen Teilen. Es gibt Abschnitte, die den Stadtrat betreffen, weitere Abschnitte, die für uns wichtige Informationen enthalten und vier Punkte, die uns selber - das Parlament - betreffen.

An der ersten Sitzung wurde die Eintretensdebatte geführt, anschliessend wurden der Informationsteil sowie die Massnahmen, die in den Bereich des Stadtrates gehören, diskutiert. An den folgenden zwei Sitzungen standen die einzelnen Massnahmen, deren Entscheide bei uns liegen, im Zentrum.

Während der Eintretensdebatte wurde begrüsst, dass der Stadtrat seine Prozesse systematisch durchleuchtet und nun mit dieser Folgevorlage der zweite Teil der Analyse zur politischen Diskussion vorliegt. Hierbei wurde jedoch erwähnt, dass die meisten Themen nicht in die Zuständigkeit des Parlaments fallen. Es können dazu einzig Denkanstösse von unserer Seite eingebracht werden. Überhaupt wurde allgemein festgestellt, dass das vorliegende Massnahmenpaket 2 kein grosser Wurf sei und unter dem Strich nichts Markantes bringe. Es wurde weiter kritisch erwähnt, dass Massnahmen nicht in einer SLA-Vorlage erscheinen sollten, wenn darin Aufgaben und Ausgaben durch übergeordnetes Recht vorgegeben seien; Stichworte dazu sind die Spitex und die Verlustscheinbewirtschaftung.

Obwohl die Vorlage nach Ansicht der Spezialkommission nicht viel hergibt, wurde einstimmig Eintreten beschlossen. Aber das Massnahmenpaket 2 wirft im Detail einige Fragen auf. Die Spezialkommission wünschte eine Diskussion über diese Fragen und auch über die vorgeschlagenen Massnahmen, damit parlamentarische Denkanstösse eingebracht werden und die vier Massnahmen, über die das Parlament entscheidet, politisch diskutiert werden können. Ergänzend wurden der gute Willen und die Bemühungen auch für kleine Einsparungen bemerkt; dies kann in den Stabs- und Dienststellen eine Sensibilisierung für eine effizientere Abwicklung mit sich bringen.

Zur Detailberatung:

Keine grossen Diskussionen gab es in der Detailberatung zu den Kapiteln 1 und 2, zur Zusammenfassung und zur Einleitung. Zur Ausgangslage für das Massnahmenpaket 2 im Unterkapitel 2.4 wurde bemerkt, dass nicht alles detailliert aufgeführt wurde. Einzelne Punkte fehlen, wie zum Beispiel der Einbezug der hohen Beträge aus Immobilienverkäufen und die stillen Reserven aus den Steuererträgen vom letzten Jahr. Des Weiteren wurde nach einer kurzen Diskussion festgestellt, dass die Quantifizierung über das Verhältnis der Beträge aus Sparmassnahmen und der Mehrerträge bei den Steuern in Bezug auf die Rechnungsergebnisse extrem aufwendig wäre, weil keine Aufzeichnungen bestehen, wie sich die Zahlen entwickelt hätten, wenn keine Sparmassnahme durchgeführt worden oder weniger Steuern eingetroffen wären. Eine annäherungsweise Berechnung dazu würde einen Aufwand verursachen, der in keinem Verhältnis zu den Erkenntnissen steht.

Einen ersten Schwerpunkt der Diskussionen in der Spezialkommission bildeten die vom Stadtrat bereits umgesetzten, beziehungsweise die beschlossenen Massnahmen der Kapitel 3.1 und 3.2. Diese insgesamt 28 Massnahmen schaffen vor allem Transparenz über das stadträtliche Handeln, liegen aber ausserhalb der Kompetenzen des Parlamentes. Da diese Massnahmen in der SLA-Vorlage erwähnt sind, darf und soll auch darüber diskutiert werden. Folgerichtig wurden in der Spezialkommission zu 16 einzelnen Massnahmen weiterführende Fragen gestellt oder grundsätzliche Diskussionen geführt. Dabei reichte das Spektrum von reinen Verständnisfragen bis zur kritischen Hinterfragung einzelner Massnahmen. Der Stadtrat konnte die meisten Fragen abschliessend beantworten. Bei 6 Massnahmen wurden vom Stadtrat ergänzende Informationen verlangt. Ich verzichte darauf, die ganzen Diskussionen und Fragen detailliert abzubilden und beschränke mich kurz auf die offene Frage über die stufenweise Anpassung der Ablieferungen der Städtischen Werke.

Die Spezialkommissionsmitglieder fragten sich, wie man plötzlich diesen Mehrertrag von CHF 2.2 Mio. generieren könne und wieso man das nicht schon früher gemacht habe. Es wurde teilweise in Frage gestellt, ob dies überhaupt eine SLA-Massnahme sei. Da die Werke führungsmässig als städtischer Betrieb laufen, durften wir zu Beginn der zweiten Sitzung Herbert Bolli, Direktor der städtischen Werke, begrüessen. Er zeigte auf, dass sich der Mehrertrag über CHF 2.2 Mio. aus diversen Einzelmassnahmen zusammensetze und erklärte, dass die Erhöhung der Ablieferungen nicht von gestern auf heute entstanden sei. In der Folge wurden unsere Fragen durch Herbert Bolli kompetent und sehr differenziert beantwortet.

Das eigentliche Kernstück der Vorlage bildet das Kapitel 3.3 mit den vom Grossen Stadtrat zu entscheidenden Massnahmen. In diesem Teil wurden die Massnahmen einzeln behandelt und darüber abgestimmt. Um ein effizienteres Vorgehen zu ermöglichen, wurden die Massnahmen referatsweise gebündelt, sodass sie an zwei

Sitzungen in Anwesenheit der zuständigen Stadtratsmitglieder und/oder der Bereichsleiter abschliessend diskutiert werden konnten. Über die Massnahmen des Unterkapitels 3.3.1, die bereit zur Realisierung sind, wurde wie folgt beraten und abgestimmt:

Massnahme 1 Personalrekrutierung, die eine Verschiebung von den Printmedien zu den elektronischen Medien beinhaltet:

Die Spezialkommission lehnte diese Massnahme mit 6 : 4 Stimmen, bei einer Enthaltung, ab. Die Kommissionsmehrheit war der Ansicht, dass das Inserieren in den Printmedien in der heutigen Form hauptsächlich aus Transparenzgründen beibehalten werden sollte. Damit wird für die gesamte Bevölkerung offen dargelegt, welche Stellen im Personalbereich der Stadt neu besetzt werden. Die Kommissionsminderheit stellte sich bei diesen Massnahmen hinter die Empfehlung des Stadtrates, das heisst für eine Umsetzung, da hauptsächlich viele junge Menschen ihre Stellen über das Internet suchen. Transparenz und Öffentlichkeitsinformation könne man über mehr Public Relations ebenfalls erreichen.

Zur Massnahme 2, zum neuen Konzept für die Einteilung von gebührenpflichtigen Parkplätzen auf öffentlichem Grund in Parkzonen mit einheitlichen Parkgebühren und Parkzeiten:

Dabei wird das Stadtgebiet in vier Parkzonen mit jeweils einheitlichen Gebühren eingeteilt. Die Anpassungen der Parkzonen stehen in Abhängigkeit von der Distanz zum Stadtzentrum. Bereichsleiter Herbert Distel stellte uns das Konzept mit Hilfe einer Präsentation vor. Generell wurde das Konzept gut angenommen, gerade auch deshalb, weil es klare Abgrenzungen beinhaltet und sich nicht überrissen präsentiert. Es wurden jedoch zahlreiche Bemerkungen und Inputs eingebracht. Stichworte dazu sind: Blaue Zonen im Emmersbergquartier, gebührenfreie Sonntage wie geplant beibehalten, Zusammenlegung der Zonen 3 und 4 sowie Langzeitparkplätze. Die Spezialkommission war der Ansicht, dass es durch das neue Konzept kein Ausweichen für Langzeitparkierende in die Quartiere geben dürfe. Die Idee von Park and Ride Anlagen in der äusseren Parkzone sollte nochmals genauestens geprüft werden. Unter der Voraussetzung der Kenntnisnahme durch den Stadtrat, dass die Quartiere durch das neue Konzept nicht noch mehr belastet werden sollten, stimmte die Spezialkommission der Massnahme einstimmig, bei zwei Abwesenheiten, zu.

Im Unterkapitel 3.3.2 der Vorlage wurde über die Massnahmen mit dem jeweiligen Richtungsentscheid zur Ausarbeitung einer Vorlage diskutiert. Es wurde wie folgt beraten und abgestimmt:

Massnahme 3 Weingut/Rebgut:

Diese Massnahme wurde von der Spezialkommission aufgeteilt in die Massnahmen:

3a) Weingut/Rebgut, Umzonung Teile der Rebfläche

3b) Weingut/Rebgut, Outsourcing des Rebbetriebs

Somit konnten die zwei doch unterschiedlichen Rebbetriebsthemen klar getrennt beraten werden. Für eine Umzonung von Teilen der Rebfläche – gemeint ist dabei die äussere Rheinhalde - konnte sich in der Kommission niemand begeistern. Es wurde

die Meinung vertreten, dass Reben ein Stück Kulturgut in Schaffhausen sind und auch dem Landschafts- und Naturschutz sowie einer grünen Stadt dienen. Die anwesenden Kommissionsmitglieder lehnten die vorgeschlagene Umzonung einstimmig, bei zwei Abwesenheiten, ab.

Der Entscheid über die Massnahme 3b) Outsourcing des Rebbetriebs fiel hingegen nicht mehr einstimmig aus:

Es geht hier um eine Grundsatzfrage, ob die Stadt sich die Pflege des Rebbergs wie andere Grünanlagen auch leisten möchte. Die Frage, ob sich die Übernahme des Rebbetriebs durch einen Privaten rentieren würde, wurde von Walter Vogelsanger mit der Bemerkung "eher nein" beantwortet. Die Stadt könnte mit einer Abgabe nach einer sehr vagen Schätzung unseres Bereichsleiters vielleicht CHF 20'000.- einsparen, wenn man zum Beispiel den Munotrebberg mit einer Dienstleistungsvereinbarung mit Auflagen outsourcen würde. Nachteilig dabei wäre sicher, dass die Stadt in diesem sensiblen Bereich Einfluss verliert. Die Frage, ob eine Vorlage mit detaillierten Grundlagen über ein Outsourcing des Rebbetriebs erstellt werden soll, lehnte die SPK mit 6 : 2 Stimmen, bei einer Enthaltung und zwei Abwesenheiten, ab.

Bei der letzten Massnahme 4 geht es um die städtische Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenbeihilfe:

Diese Beihilfen gehen auf eine Richtlinie aus dem Jahr 1956 zurück und beruhen auf einer sehr alten Form einer Volksabstimmung, eine Art Kreditabstimmung. Diese Richtlinie wurde im Laufe der Jahre mehrfach angepasst. Die letzte Anpassung erfolgte im Jahr 1996 und ist bis heute gültig. Einzelpersonen, die gemäss Meldung durch das Sozialversicherungsamt darauf Anspruch haben, erhalten pro Jahr CHF 1'000.--, Ehepaare CHF 1'500.-- und Kinder CHF 800.--. Diese Zulage ist eine kommunale Leistung ohne gesetzliche Vorgabe von Bund oder Kanton und dient der zusätzlichen Verbesserung der Einkommenssituation der Bezügerinnen und Bezüger. Neben der Stadt besteht im Kanton diese Beihilfe nur noch in der Gemeinde Neuhausen. Unsere Diskussion ergab, dass es bei einer Zustimmung für diese Massnahme eine Vorlage geben wird, wobei unter anderem abgeklärt wird, ob es wirklich eine Volksabstimmung zu den Beihilfen gab respektive was diese für die Weiterbearbeitung bedeuten würde. Die Spezialkommission stimmte schlussendlich der Massnahme mit 9 : 1 Stimmen, mit einer Enthaltung, zu.

Die Spezialkommission hat anschliessend an die Diskussion der vier Massnahmen Kapitel 4 behandelt: SR Peter Neukomm und Werner Bianchi haben über die laufende Umsetzungskontrolle, die stadintern bereits dreimal stattgefunden hat, informiert. In Zukunft wird der Grosse Stadtrat über die abgeschlossenen und die pendenten Massnahmen informiert. Wir werden jeweils Informationen erhalten, was geplant war, wie allfällige Abweichungen aussehen und wie das Resultat schlussendlich aussieht. Dabei wird unser Wunsch nach Transparenz bei den Stellenveränderungen einbezogen. Diese Publikation wird neu jeweils mit dem Bericht zur Jahresrechnung erfolgen. Die Spezialkommissionsmitglieder finden diese vorgestellte Form der Information an das Parlament gut und sehen dem ersten Bericht, den es mit der Jahresrechnung 2012 geben wird, positiv entgegen.

Am Ende der 3. Sitzung diskutierten wir den Antrag aus der Spezialkommission zum

Kapitel 5, Ausblick: Es ging darum, ob man mit der SLA in einer veränderten, schlankeren Form jährlich weiterfahren soll. Die genauen Antragspunkte können Sie dem Kommissionsbericht entnehmen.

Nach eingehender Diskussion war die Spezialkommission mehrheitlich der Meinung, dass ein SLA-Dauerauftrag die jetzt schon in der SLA 1 und 2 definierten Aufträge sprengen würde. Zuerst müssen die 69 Massnahmen aus der SLA 1 und 2 realisiert werden, bevor ein weiterer Prozess angestossen wird. Zudem wurde erwähnt, dass die Wünsche des Antragstellers nicht mit der Botschaft der Vorlage verknüpft werden sollten. Ein getrennter, persönlicher Vorstoss wäre dazu besser geeignet. Dieser Antrag wurde in der Spezialkommission mit 7 : 2 Stimmen, bei zwei Abwesenheiten, abgelehnt.

Schlussendlich stimmte die Spezialkommission mit 8 Stimmen, bei einer Enthaltung und zwei Abwesenheiten, der Vorlage zu.

Der vor Ihnen liegende Bericht und Antrag der Spezialkommission sowie unser Protokoll der 3. Sitzung wurden auf dem Zirkulationsweg genehmigt. Dabei erfolgten keine Änderungsanträge seitens der Spezialkommissionsmitglieder. Gesamthaft gesehen enthält auch das Massnahmenpaket 2 betreffend Gewichtigkeit der finanziellen Aspekte sehr unterschiedliche Massnahmen. Auf jeden Fall sorgt die Vorlage für die nötige Transparenz, damit – so hoffe ich – eine angeregte Diskussion unter der Würdigung der Arbeit des Stadtrats stattfinden kann.

Ich darf Ihnen an dieser Stelle die **FDP-Fraktionserklärung** mitteilen: Unsere Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und ihr insgesamt zustimmen. Zu einzelnen Massnahmen werden Wortmeldungen erfolgen und Anträge gestellt. “

**Rainer Schmidig (EVP)**

**OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung**

”Die OeBS/CVP/EVP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und den Anträgen der Kommission zustimmen. Einige Bemerkungen zu den einzelnen Anträgen:

**Personalrekrutierung:**

Wir können den Antrag zumindest in der heutigen Situation, wo jetzt schon Sammelinserate für die zu besetzende Stellen gemacht werden, unterstützen. Nach einigen Jahren sollte man aber eine Auswertung über den Erfolg von Stelleninseraten in der Tagespresse machen und eine Neubeurteilung durchführen.

**Parkplatzkonzept:**

Unserer Fraktion ist es wichtig, dass die im Kommissionsbericht angefügten Bemerkungen aus dem Protokoll wirklich berücksichtigt werden.

**Weingut/Rebgut:**

Wir unterstützen die Anträge der Kommission voll und ganz.

**Städtische Alters-, Hinterlassenen und Invalidenhilfe:**

Unsere Fraktion kann den Antrag auf Ausarbeitung von Grundlagen für einen definitiven Entscheid zwar mittragen, ist aber eher skeptisch in der Umsetzung. Wir sind gespannt auf die entsprechende Vorlage und werden diese sicher kritisch prüfen.

Des Weiteren werden sich einzelne Mitglieder unserer Fraktion noch zu bestimmten

Punkten der Vorlage in der Detailberatung äussern. “

**Till Hardmeier (JFSH)****Bürgerlich-liberale Fraktionserklärung**

”Die bürgerlich-liberale Fraktion wird auf das Geschäft eintreten. Die SLA ist grundsätzlich der richtige Weg und das Hinterfragen hat sich erwiesenermassen bei verschiedenen Punkten gelohnt; aber das Instrument wurde zu politisch eingesetzt. Das Massnahmenpaket 1 enthielt sehr kleinkrämerische Sparvorschläge, beispielsweise beim Blumenschmuck und bei den Bestattungen. Vom Massnahmenpaket 2 wurde wesentlich mehr erwartet. Die SLA 2 ist aber leider nur auf den ersten Blick das erhoffte Sparpaket. Hauptsächlich werden Gebühren erhöht, aber es wird zu wenig gespart. Der Stadtrat hat einen geschickten Trick angewendet: Er hat seinen Auftrag erledigt und wieder mehr Spielraum; allerdings muss der Bürger mehr bezahlen. Wir finden es schade, dass sich der Stadtrat jetzt zurücklehnt und keine Folgepakete geschnürt werden. Es ist ein ähnliches Verfahren wie beim Kapitel “Motion Wullschleger”, die abgeschrieben werden soll. Die Arbeit ist jedoch noch nicht getan; wir können nicht einfach abwarten, bis die beiden Pakete umgesetzt sind. Wir brauchen eine “Ideenpipeline” mit neuen Sparanstrengungen. Erlauben Sie mir einige Bemerkungen zur Vorlage:

Parkplatzkonzept: Hier hat der SR ein Konzept gezeigt, das er eigentlich ohne GrSR in eigener Kompetenz entscheiden kann. Wir sind aber froh, dass wir uns dazu äussern dürfen. Wir unterstützen den Grundsatz, in der Altstadt die Parkplatzgebühren zu harmonisieren und mit einheitlichen Preisen den Suchverkehr zu verhindern. Mit der Parkzeitkürzung bin ich persönlich nicht einverstanden und finde, zwei Stunden sind nicht genug, wenn eine ältere Person zum Arzt muss oder jemand eine längere Sitzung hat. Meiner Meinung nach sollten die heute bestehenden unterschiedlichen Parkzeiten belassen werden. Zentral für uns sind Langzeitparkplätze in Zentrumsnähe, Stichwort Park and Ride. Hier hat es zu wenige Möglichkeiten. Ausserhalb des Altstadt-kerns müssen längere Parkzeiten ermöglicht werden; trotzdem sollten die Preise moderat sein. Meine Fraktion ist der Meinung, dass der angedachte Preisanstieg zu gross ist und wird diese Massnahme nicht unterstützen. Dies hätte negative Folgen für unser Altstadtgewerbe.

Städtische Alters-, Hinterlassen- und Invalidenbeihilfe: Unsere Fraktion unterstützt den Vorschlag einer Vorlage mit entsprechenden Grundlagen.

Personalrekrutierung: Hier zeigte sich der SR mutiger als die Kommission. Ich habe Inserate (zum Beispiel Gärtner, Angestellter Künzle Heim) im Detail überprüft und gesehen, dass teilweise viel Bildmaterial und die Vision der Stadt erscheinen. Der Inserateumfang könnte sehr wohl auf einen Drittel der Grösse reduziert und damit viel Geld gespart werden. Der Kommission ging es hauptsächlich um transparente Information über offene Stellen in der Stadt, andererseits aber auch um eine indirekte Presseförderung, sozusagen aus Angst vor den negativen Auswirkungen für die Lokalmedien, wenn keine grossen Inserate mehr geschaltet würden. Wir finden dies nicht richtig und werden einen Streichungsantrag stellen, diese Sparmassnahme darf nicht wegfallen.

Wein-/Rebput: Eine Umzonung ist nicht mehrheitsfähig, da sind wir mit der Kommission einig; aber wir möchten, dass das Outsourcing des Rebbetriebs geprüft wird, weil wir glauben, dass die Stadt nicht besser und auch nicht günstiger als Private Rebbau betreiben kann. Wir werden einen entsprechenden Streichungsantrag stellen. Störend empfinden wir auch, dass der Stadtwein verbilligt

abgegeben wird. Entweder ist er so gut und die Leute bezahlen dafür oder es ist ein "Ranzenklemmer", den man nicht mehr produzieren sollte. Es ist keine Staatsaufgabe, Wein zu machen, auch wenn der Kanton Schaffhausen ein Weinbaukanton ist. Diese Aufgabe sollten wir den Weinbauern überlassen.

Die SLA-Vorlage ist in technischer Hinsicht sehr detailliert ausgefallen, deshalb ist es auch das Controlling. Wir haben uns darüber in der Kommission unterhalten und wünschten uns eine Übersichtsliste aller Massnahmen mit einem Status betreffend "offen" oder "umgesetzt" mit einer kurzen alljährlichen Zusatzinformation zuhanden des Grossen Stadtrats. Wie schon von Katrin Hauser-Lauber in ihrem Bericht erwähnt, war ich nicht zufrieden, dass man nach zwei Sparpaketen keine weiteren plant und einfach auf Verwaltungsebene überprüft. Gemäss Aussage von SR Peter Neukomm fänden auch in Zukunft weitere Überprüfungen statt, was meiner Ansicht nach - wenn dies schon gemacht wird - auch transparent gemacht werden kann. Es braucht einen institutionalisierten Prozess, der jedes Jahr abläuft und Bestehendes hinterfragt wird. Sie ersehen aus dem Bericht und Antrag der SPK auf Seite 2, unter Kapitel 5/Ausblick, meine Anträge zur Weiterführung der SLA in abgewandelter Form betreffend jährliche Sammlung und Analyse von Verbesserungsvorschlägen in verschlankter Form, Aufteilung in Pakete für Verwaltung, Stadtrat und GrSR sowie Erarbeitung einer schlanken Vorlage (analog Bericht über hängige Motionen und Postulate) mit Zuweisung zur Vorberatung in eine Kommission. Der Stadtrat definiert Details für eine Umsetzung entlang dieser Leitlinien. Ich werde diesen Antrag am Schluss nochmals stellen.

Zusammenfassend findet unsere Fraktion Gefallen an der Grundidee der SLA-Vorlagen, ist aber mit der Nutzung des Instruments nicht zufrieden. Der SR hätte mehr machen müssen und können. Wenn unsere Anträge nicht angenommen werden, werden wir der Vorlage mehrheitlich nicht zustimmen können. "

### **Kurt Zubler (SP)**

### **SP/AL-Fraktionserklärung**

"Ich möchte vorweg Katrin Hauser-Lauber für die umsichtige und speditive Leitung sowie für die ausführliche Berichterstattung danken und allen Beteiligten für die Unterstützung der Kommissionsarbeit. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass die SLA 2 die Vorgängeranlage gut weitergeführt hat und aus der SLA 1 zudem viel gelernt wurde. Der SR hat mehr Entscheide in eigener und stufengerechter Kompetenz entschieden und damit die Fragen an den GrSR reduziert. Insgesamt ist die Vorlage weniger umfangreich, weil die analysierten Bereiche, wie Sie dem Anfang der Vorlage entnehmen können, weniger Veränderungspotenzial aufweisen als diejenigen der SLA 1. Über die vom SR zu entscheidenden Massnahmen werden wir keine Diskussionen mehr führen und die entsprechenden Entscheide wurden bereits abschliessend gefällt, auch wenn nicht alle Massnahmen auf ungeteilte Zustimmung stossen. Erlauben Sie mir eine Ausnahme, Katrin Hauser-Lauber hat es bereits erwähnt: Nach anfänglicher Skepsis gegenüber dem fetten Beitrag der Städtischen Werke konnten die Erläuterungen von Herbert Bolli uns überzeugen, dass die Städtischen Werke ein grosses Engagement leisten und sich bemühen, mit steigender Effizienz die gesetzlichen Rahmenbedingungen, inklusive der Abgabeformel des AGSSF zu Gunsten der Stadt zu nutzen. Dies verdient grosse Anerkennung, zumal wir nicht voraussehen konnten, wie die Städtischen Werke mit dieser Formel umgehen.

Zu den vier Massnahmen des Grossen Stadtrats:

1. Personalrekrutierung: Wir stellen uns hinter die Mehrheit der Kommission. Die Inserate haben einen durchaus grossen Nutzen, weil sie - im Unterschied zu den elektronischen Inseraten - ein grösseres Zielpublikum und nicht nur die Jungen und die effektiv Stellensuchenden erreichen, sondern auch jene, die per Zufall auf ein interessantes Angebot stossen und damit die Auswahlmöglichkeiten der Stadt erweitern. Damit wird Öffentlichkeit hergestellt, Transparenz geschaffen und die Bürgerinnen und Bürger werden über Stellenangebote der Verwaltung informiert. Zur Frage der Presseförderung sind wir der Meinung, dass nicht direkt Presseförderung betrieben werden soll, wenn es keinen Sinn macht. Aber es ist ohne Zwang auch nicht richtig, praktisch Presseschädigung zu betreiben. Etwas, das Nutzen bringt, ohne Zwang zu streichen, macht wirklich keinen Sinn, vor allem wenn wir die Haltung vertreten, die regionale Presse sei für uns wichtig. Wir unterstützen den Antrag der Kommission.
2. Parkplatzkonzept: Wir unterstützen hier ebenfalls die Meinung der Kommission und finden es insbesondere wichtig, dass die Ausweichparkierung in den Quartieren verhindert werden soll, falls Anpassungen erfolgen, welche dies fördern könnten.
3. Wein- und Rebgut: Wir sind der gleichen Ansicht wie die Kommissionsmehrheit, und zwar in beiden Bereichen. Die Umzonung ist nicht sinnvoll, es handelt sich um eine wichtige Zone des Stadtbilds, die von früheren Stadträten in weiser Voraussicht gekauft wurde und zur Wiederherstellung beziehungsweise zum Erhalt des Landschaftsbilds als Rebberge genutzt wird. Wir verzichten auf die Prüfung des Outsourcing, weil unsere Stadt über Jahrhunderte hinweg genug Grösse und Selbstbewusstsein gehabt hat, sie hat Wert auf ihre eigenen und selbst gepflegten Weinberge gelegt. Der eigene Rebbau gehört zu einer bald jahrtausendalten kulturhistorischen Tradition, die nicht einem windigen und engstirnigen Zeitgeist geopfert werden darf. Zudem wäre der zu erwartende Nutzen im Vergleich zum Verlust von Einfluss und Bestimmung marginal. Somit folgt, dass, wenn wir etwas nicht wollen und es zudem wenig bringt, wir auch keinen Auftrag zur Erarbeitung von Grundlagen erteilen sollten. Das gäbe viel Aufwand und keinen Ertrag.
4. Städtische Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrente: Die SP/AL-Fraktion war vor der entsprechenden Sitzung der SPK klar dagegen. Dann wurden unsere Mitglieder aber von den Begründungen aus dem Sozialreferat auf dem falschen Fuss erwischt. Es ist zu bemängeln, dass die umfangreichen Unterlagen nicht vorgängig abgegeben worden sind. Deshalb konnten wir diese tatsächlich nicht genügend würdigen. Was aber weitaus schwerwiegender ins Gewicht fiel, war die Tatsache, dass die Hauptargumentation so seltsam begründet war, dass wir schlicht übertölpelt worden sind. Das Argument lautet nämlich wie folgt: "Wir haben ein Instrument, das zwar arme Menschen unterstützt, weil wir aber noch ärmere haben, die diese Unterstützung nicht erhalten, ist es doch gerecht, wenn wir diese Beilage streichen." Wohlgemerkt: Es kam ja nicht der Vorschlag, dass man dieses Geld nun an die noch Ärmere umleiten soll, sondern dass man das Geld einsparen will. Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir nach dieser ersten Überraschung in der SPK rasch erwacht sind. Gespräche mit Stellen,

die sich für Begleitung und Unterstützung der betroffenen Personengruppe einsetzen, haben zudem ergeben, dass ein Wegfall dieser Beilage überhaupt nicht gleichgültig sei, sondern zu einer erheblichen Einbusse an Lebensqualität führen könne. Wie beim Rebgut sind wir der Meinung, dass es - wenn wir eine Massnahme grundsätzlich nicht wollen - keinen Sinn macht, diesbezügliche Grundlagen zu erarbeiten. Weil wir also die Ärmeren nicht gegen die Armen ausspielen wollen, wird die SP/AL-Fraktion den Antrag stellen, zu Massnahme 4 aus dem Kapitel 3.3.2 keine Vorlage auszuarbeiten, beziehungsweise Antrag 3 der SPK vom 11. Juli 2012 zu streichen.

Im Übrigen treten wir auf die Vorlage ein und stimmen ihr zu. “

### **Hermann Schlatter (SVP)**

### **SVP/EDU-Fraktionserklärung**

”Um es gleich vorweg zu nehmen; Die SVP/EDU Fraktion ist alles andere als zufrieden mit den Vorschlägen des Stadtrates und schlussendlich mit dem Resultat der SLA 2. Zwar spricht der Stadtrat davon, mit dem SLA-Prozess inskünftig wiederkehrend CHF 5,1 Mio. Einsparungen erzielt zu haben. Bei näherer Betrachtung zeigt sich aber, dass davon CHF 2,2 Mio. aus Mehreinnahmen durch Ablieferung der städtischen Werke stammt; diese Massnahme wurde in der letzten Amtsperiode durch Anpassung der Ablieferungsformel auf Antrag der AGSSF vom Rat beschlossen und wäre so oder so zum Tragen gekommen. Je nach Ausgang der heutigen Beratung wird eine weitere Million Franken durch die Autofahrer aufgebracht werden, und zwar durch höhere Parkplatzgebühren. Wir begrüssen es aber, dass sich der Stadtrat endlich bemüht hat, Vorschläge zu machen. Diese müssen, im Sportjargon würde man sagen „nach dieser Aufwärmphase“ noch tiefgreifender ausfallen, um zum erklärten Ziel einer verbesserten finanziellen Situation unserer Stadt mit einer tieferen Steuerbelastung für unsere Bürger zu kommen.

Bei Lichte betrachtet werden mit den über 70 Einzelmassnahmen lediglich CHF 1,9 Mio. eingespart und selbst auch darin sind noch Gebührenerhöhungen enthalten. Glücklicherweise sind dem Stadtrat hierbei noch einige übergeordnete gesetzliche Änderungen entgegengekommen, so beispielsweise der Wegfall der Verlustscheinbewirtschaftung KVG. Diese Aufgabe wird inskünftig vom Kanton wahrgenommen und schlägt sich in der Auflistung mit CHF 80'000.-- nieder. Fazit, gespart wird lediglich im Umfang von rund 7 Promille des Gesamthaushaltes, damit hat der Berg wohl lediglich eine Liliput-Maus geboren.

Trotzdem wird unsere Fraktion auf die Vorlage eintreten, teilweise aber abweichende Anträge stellen beziehungsweise unterstützen.

Wie bekannt, kann der Rat auch nur zu vier Massnahmen Stellung beziehen, wobei auch bei derjenigen Massnahme, die am meisten einschenkt, nämlich beim Konzept Parkzonen und Gebührenerhöhung, die Äusserungen mehr konsultativen Charakter haben.

Bezüglich Massnahme Personalrekrutierung auf Seite 15 der Vorlage vertritt eine Mehrheit unsere Fraktion die Auffassung, diese Massnahme sei, wie vom Stadtrat vorgeschlagen, zu realisieren. Es ist eine Tatsache, dass Arbeitssuchende je länger je mehr den Weg via Internet oder Social Media einschlagen, um offene Stellen zu finden. Eine Minderheit unserer Fraktion sieht in der Publikation von offenen Stellen in den Printmedien einen willkommenen Nebeneffekt, nämlich der Pflicht der

allgemeinen Bürgerinformation.

Auf keine Begeisterung bis Ablehnung stösst die vorgeschlagene Massnahme „Neues Konzept für die Einteilung von gebührenpflichtigen Parkplätzen auf öffentlichem Grund in Parkzonen mit einheitlichen Parkgebühren und Parkzeiten“. Einerseits wird befürchtet, dass durch eine weitere Schröpfung der Milchkuh Autofahrer mit höheren Parkplatzgebühren das innerstädtische Gewerbe, das sonst schon zahlreiche Nachteile auf sich nehmen muss, aktuell insbesondere durch den starken Euro, darunter noch mehr leidet, und andererseits Schaffhausen für Park and Ride Pendler, die ihren Arbeitsplatz im Raum Zürich haben, aber in der Agglomeration Schaffhausen wohnen und damit Steuern bezahlen, durch höhere Gebühren der Langzeitparkplätze uninteressant wird und diese in Richtung Zürich wegziehen, was der Kampagne „Schaffhausen, ein kleines Paradies“ wohl diagonal entgegen steht. Einverstanden sind wir damit, dass versucht wird, verschiedene Zonen zu installieren und innerhalb dieser die Parkgebühren einheitlich zu regeln. Aber auch im Altstadtbereich sollte es noch möglich sein, an einigen Orten länger als zwei Stunden zu parkieren. Wir wollen ja unter anderem auch, dass Auswärtige und Touristen möglichst lange in der Stadt verweilen. Restriktive Parkierzeiten schrecken ab und vertreiben unsere geschätzten Gäste.

Absolut kein Verständnis haben wir für die massive Erhöhung der Langzeitparkplätze der Zone 3. Hier sind Erhöhungen von 16 Rappen auf einen Franken auf dem Munot oder von 40 Rappen auf einen Franken im Viehmarkt angedacht. Das kann nicht sein. Zahlreiche "Zu-Pendler" sind auf diese Parkplätze angewiesen. Die Stadt brüstet sich immer wieder mit ihrer Zentrumsfunktion. Das führt aber auch dazu, dass zahlreiche Dienstleistungsbetriebe sich in der Stadt angesiedelt haben, die auf Mitarbeitende, zum Beispiel aus Landgemeinden, angewiesen sind. Auch diese Betriebe tragen zum Steuersubstrat der Stadt bei. Noch lange nicht alle Landgemeinden verfügen über Busfrequenzen im 10 Minuten-Takt, sondern die Busse verkehren im Stundenintervall; letztes gilt übrigens auch für den Stadtteil Hemmental. Wenn wir attraktiv bleiben wollen, müssen wir auch für diesen Teil der Bevölkerung Parkplätze zu vernünftigen Preisen zur Verfügung halten.

Skeptisch stehen wir auch der Installation der Zone 4 „Aussenstadt“, also zum Beispiel Breite, Emmersberg, gegenüber. Wir können uns vorstellen, dass auf dem Platz vor dem Zeughaus gebührenpflichtige Parkplätze eingerichtet werden. Nicht anfreunden können wir uns mit einer Gebührenerhebung in den Quartierstrassen.

Bezüglich Weingut Rebgut, Prüfung Outsourcing des Rebbetriebs und Umzonung Rebflächen zu Bauland sind wir damit einverstanden, dass eine Umzonung zum heutigen Zeitpunkt bei der Bevölkerung keine Chance hätte und wohl auch zu erheblichen rechtlichen Problemen führen würde; profitieren würde wohl einzig die lokale Zeitung, die mit Leserbriefen überschwemmt würde. Die Vorlage Sanierung Rheinbadi lässt grüssen. Absolut nicht einverstanden sind wir damit, dass man ein Outsourcing des Rebbetriebs nicht einmal prüfen will, dieser weist im aktuellen Budget ein Defizit von rund CHF 175'000.-- auf. Nebst einer eigenen Steuerverwaltung gehört offenbar auch die Produktion des Rebensafts zur Kernaufgabe dieser Stadt. Dass sich gerade die Kommissionsvertreter der FPD diesem Prüfungsauftrag nicht anschliessen konnten, führt bei uns zu Kopfschütteln.

Was von der Gegenseite in der Kommission vorgebracht wurde, ist geradezu lächerlich oder unverständlich. So wurden Argumente vorgebracht, ein Privater würde dann die Reben spritzen, wenn am Nachmittag das Munot Kinderfest

stattfinde oder der Betrieb könne ja auch für einen Privaten nicht billiger werden. Der Fragestellerin war wohl nicht bewusst, dass ein privater Bewirtschafter, das heisst ein Rebbaauer, keinen garantieren Lohn hat wie der städtische Rebmeister. Wobei, verstehen Sie mich nicht falsch, ich vergönne dem Rebmeister der Stadt seinen Lohn überhaupt nicht, er verdient ihn. Meine Aussage ist nur, dass ein Landwirt keinen garantierten Lohn hat und deshalb die Sache für die Stadt bestimmt billiger würde. Dass durch ein Outsourcing der Preis einer Flasche Wein höher würde, steht ausser Zweifel, da für den Preis die Qualität stimmen muss; sollte diese nicht stimmen, bleibt der Kelterer auf seinem Rebensaft hocken oder kann ihn bestenfalls als Essig verkaufen. Der Kelterer ist heute schon ein Privater - dies als Zusatzbemerkung.

Auch der Bereichsleiter Wald, Dr. Walter Vogelsanger - den ich übrigens vom Fusionsprozess Hemmental mit Schaffhausen her äusserst schätze - tat sich mit der von den Kommissionsmitgliedern herausgequetschten Antwort, wie viel für die Stadt denn unter dem Strich bei einem Outsourcing herauspringen könnte, schwer und stellte den Betrag von CHF 20'000.-- in den Raum; dies kann kein stichhaltiges Argument gegen den Prüfungsauftrag sein. Im Gegenteil, wenn der Stadtrat die monatliche Zustellung der Lohnabrechnungen an die städtischen Angestellten in die Prüfung einbezieht, diese verursacht Kosten im Jahr von CHF 3'000.--, so darf die Prüfung der Rebgutauslagerung an einen Privaten mit einer möglichen Einsparung eines weit höheren Betrags nicht gestrichen werden.

Einverstanden ist unsere Fraktion mit dem Beschluss, Entscheidungsgrundlagen für die städtische Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenbeihilfe ausarbeiten zu lassen.

Ich habe es am Anfang angetönt: Unsere Fraktion ist absolut nicht einverstanden mit dem Resultat der SLA2. Wir haben mehr erwartet, weshalb wir der klaren Meinung sind, der Prozess müsse weitergeführt werden. Daher werden wir den im Kommissionsbericht unter Kapitel 5 erwähnten Antrag von Till Hardmeier, er wird ihn hier im Rat nochmals stellen, einstimmig unterstützen.

Der Kommissionspräsidentin danke ich nicht nur für ihre gute Sitzungsführung, die wegen der teilweise komplexen Materie nicht immer ganz einfach war, sondern auch für die kompetenten Ausführungen von heute. In den Dank einschliessen möchte ich die Fachexperten für ihre kompetenten Ausführungen. “

### **SR Peter Neukomm (SP)**

### **Stellungnahme Stadtrat**

”Zuerst danke ich im Namen des SR der Präsidentin der SPK für ihre umsichtige Sitzungsleitung und ihren guten und sehr ausführlichen Kommissionsbericht. Mein Dank geht auch an unseren Controller Werner Bianchi für seine wertvolle Vorarbeit und Begleitung des Prozesses sowie Ursula Peter für ihre tadellose Protokollierung der Kommissionsarbeit.

Alle Kommissionsmitglieder haben sich ernsthaft und konstruktiv mit der Vorlage befasst und sich entsprechend eingebracht. Wie bereits beim Massnahmenpaket 1, liefen die Meinungsunterschiede bezüglich den einzelnen Massnahmen nicht immer den Fraktions- und Parteigrenzen entlang, was auch zeigt, wie schwierig es im konkreten Fall jeweils war und ist, wenn es um die Einschätzung der Auswirkungen des Abbaus beim Service Public geht.

Ich kann es vorweg nehmen: Der SR wird sich den Entscheiden der Kommission ausnahmslos anschliessen. Wir akzeptieren die Entscheide der Spezialkommission

auch dort, wo sie von unseren Anträgen abweichen. Um im Sinne der SLA die heutige Beratung zu verschlanken, werde ich beim Eintreten auch nicht mehr auf die einzelnen Massnahmen eingehen. Die Präsidentin hat dies bereits sehr detailliert gemacht und die Diskussionen in der SPK zusammengefasst dargestellt.

Zielsetzung: Finanziellen Spielraum schaffen:

Zur Ausgangslage: Zu Beginn der laufenden Legislatur kam der SR im Rahmen der Analyse der finanziellen Lage der Stadt zum Schluss, dass der finanzielle Handlungsspielraum zwar zur Finanzierung der Laufenden Rechnung knapp ausreichend ist, aber kaum Spielraum für grössere, zukunftsgerichtete Projekte besteht. Aufgrund substantieller Steuerentlastungen, den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise und dem in den vergangenen Jahren stark angestiegenen Aufwand in kommunal nicht beeinflussbaren Bereichen fehlt es am nötigen finanziellen Handlungsspielraum, um wichtige Investitionen finanzieren zu können. In der Zwischenzeit hat sich diese Ausgangslage akzentuiert.

Nach dem Lichtblick mit der Rechnung 2011, deren positives Ergebnis es uns erlaubte, spürbar Schulden abzubauen, sieht es für die Laufende Rechnung 2012 nicht mehr gleich gut aus. Trotzdem wollen wir weiter in die mit dem Kanton abgestimmte Entwicklungsstrategie investieren, um damit unser Steuersubstrat langfristig zu stärken. Die SLA brauchen wir, um beim kommunal beeinflussbaren Aufwand weitere Einsparungen und auch auf der Einnahmeseite Verbesserungen zu erzielen. Ganz wichtig war uns, dass die Massnahmen die Zielsetzung der Entwicklungsstrategie nicht in Frage stellen, also noch so verträglich sind, dass sie unsere Attraktivität als Wohn- und Wirtschaftsstandort nicht tangieren. Hier liegt der Unterschied in der Erwartungshaltung zwischen denjenigen Personen, denen dies zu wenig weit geht und uns, für die es eine Prämisse ist, die es nicht zu unterschreiten gilt. Wir wollen keinen Leistungsabbau, der unsere Attraktivität schmälert, sondern einen verträglichen Abbau. Bedingung für die Rückgewinnung des nötigen finanziellen Handlungsspielraums ist aber auch, dass die erzielten Einsparungen nicht gleich wieder durch von exogenen Faktoren bestimmte Mindereinnahmen oder Mehrausgaben überkompensiert werden.

Funktionsweise der SLA:

Zur Erinnerung: In der SLA sollen Leistungsanpassungen, die im Zuständigkeitsbereich von SR und GrSR stehen, geprüft werden. Die Prüfung erfolgte unter den Aspekten Kooperation, Prozess- und Effizienzverbesserung, Leistungsanpassung, Ertragsverbesserung, respektive Gebühren/Tarife.

Die SLA steht unter den beiden Legislatorschwerpunkten *1.1 Optimierung der Rahmenbedingungen für kontinuierliche Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung*, und *7.4 Die Stadt hat eine moderne bürgerfreundliche Verwaltung mit zeitgemässen Kompetenzen, Strukturen und Prozessen*. Daraus ergaben sich die beiden Achsen der Analyse des Leistungsportfolios. Im Massnahmenpaket 1 der VdSR vom 3. August 2010 waren diejenigen Abteilungen und Bereiche eingeteilt, deren Optimierungspotenzial höher eingeschätzt wurde als bei denjenigen, die nun im zweiten Massnahmenpaket betroffen sind: Stadtarchiv, Controlling und Organisation, Museum, Bibliotheken, Städtische Werke, Wald und Landschaft, Personal, Soziales und Sicherheit, öffentlicher Raum. Hier verstehe ich die von einzelnen Votanten in den Raum gestellte Erwartungshaltung nicht ganz, dass im zweiten Massnahmenpaket die grossen "Brocken" enthalten seien. Ich weiss nicht, woher diese Meinung kommt. Wir haben ganz anders kommuniziert, offensichtlich hat man uns nicht gut zugehört.

Es geht um insgesamt 32 Massnahmen, vier zum Entscheid des GrSR über die Umsetzung, respektive über die Aufarbeitung von Entscheidungsgrundlagen, weil diese doch spürbare Auswirkungen auf den Service Public haben könnten. 28 vom SR in eigener Kompetenz beschlossene Massnahmen werden Ihnen zur Kenntnisnahme gebracht. Die bisher bezifferbaren Massnahmen sollen eine Entlastung der Laufenden Rechnung von CHF 2.8 Mio. bringen. Vier Massnahmen sind bereits umgesetzt und erbrachten eine Einsparung von CHF 160'000,--. Der Entstehungsprozess des Massnahmenpaket 2 entspricht demjenigen des Massnahmenpaket 1: Die betroffenen Abteilungen und Bereiche brachten Anträge mit Einschätzungen zu den finanziellen und personellen Konsequenzen ein, ein Review-Team nahm diese kritisch unter die Lupe, ergänzte sie und der SR entschied über die Aufnahme in die Vorlage.

#### Umsetzungsprozess:

Der Umsetzungsprozess für die beiden Massnahmenpakete ist im Gang und wird vom SR über einen klar definierten, institutionalisierten Prozess mit mindestens zwei Kontrollen pro Jahr begleitet. Der SR entscheidet, ob die Umsetzung einer Massnahme zeitlich verschoben werden kann und ob eine Massnahme abgeschlossen ist. Es kann keine Massnahme durch die Maschen fallen. Die nächste Umsetzungskontrolle findet im November dieses Jahres statt. Wir sind bei den meisten Massnahmen auf Kurs. Wie ich bereits beim Massnahmenpaket 1 erwähnt habe, soll die SLA in einen Prozess von permanenten Verbesserungen und Entwicklungen mit laufender Leistungsüberprüfung und –optimierung überführt werden. Da hat Till Hardmeier offensichtlich nicht richtig zugehört; dies wurde bereits im Massnahmenpaket 1 in Aussicht gestellt. Auch hier weiss ich nicht, woher die Meinung kommt, wir wollen uns zurücklehnen. Zeitpunkte, um für neue Massnahmen oder Aufträge Verbesserungsvorschläge einzubringen, sind zum Beispiel der Budgetprozess, die Zwischenbilanz zu den Legislatorschwerpunkten mit Massnahmen und Aufträgen für das Folgejahr oder der MbO-Prozess mit jährlichen Zielvereinbarungen auf allen Führungsstufen. Jetzt geht es für die Verwaltung darum, neben dem anspruchsvollen Tagesgeschäft die Massnahmen aus den beiden SLA-Massnahmenpaketen 1 und 2 fristgerecht umzusetzen, damit wir 2014 wirklich die erwartete finanzielle Entlastung erreichen können. Zusätzliche Aufträge im Sinne der am 15. Mai 2012 in eine Interpellation umgewandelten Motion Hotz oder des Minderheitsantrages Hardmeier in der SPK führen hingegen in erster Linie zu bürokratischem Mehraufwand.

Vergleiche mit anderen Gemeinden und Städten haben ergeben, dass die städtischen Dienstleistungen zugunsten der Bevölkerung über weite Strecken sehr kostengünstig erbracht werden. Die Verwaltung hat in den letzten Jahren sehr sparsam gearbeitet. Dies geht aus unseren Rechnungsabschlüssen hervor. Der Personal- und Sachaufwand blieb stabil oder konnte in verschiedenen Bereichen sogar gesenkt werden. Dasselbe gilt für den Anteil der Verwaltung an den Gesamtausgaben. Weil der finanzielle Spielraum sich absehbar nicht wesentlich verbessern wird, hat der SR ein ureigenes Interesse, den Weg von stetigen Verbesserungen weiter zu gehen, um das finanzielle Gleichgewicht in der Laufenden Rechnung zu wahren. Das ist mit ein Grund, weshalb bei den Legislaturzielen die ständige Verbesserung bei der Leistungserbringung als Zielsetzung aufgenommen wurde. Dies gehört zur Führungsaufgabe der Exekutive. Dafür brauchen wir keine zusätzlichen Aufträge.

Die Anregung aus den Spezialkommissionen SLA-Massnahmenpaket 1 und 2, das Parlament in den Umsetzungsprozess einzubeziehen, haben wir aufgenommen. Die

SPK-Präsidentin hat es bereits erwähnt. Der GrSR wird mit der Jahresrechnung jeweils eine vereinfachte Version des Umsetzungsreportings erhalten. Aus diesem geht hervor, welche Massnahmen im betreffenden Jahr mit welchem Resultat (inklusive Auswirkungen auf den Stellenbestand) abgeschlossen werden konnten und welche noch pendent sind. Zudem werden gröbere Abweichungen kommentiert. Der erste Umsetzungsbericht wird mit der Rechnung 2012 geliefert. Damit soll Transparenz über den Prozess geschaffen werden.

**Kommentare zu einzelnen Voten:**

Zweimal wurde erwähnt, man sollte in der Altstadt auf oberirdischen Parkplätzen mehr als zwei Stunden parkieren können. Dies gibt es in keiner Stadt. Diese Parkplätze sind Kurzzeitparkplätze, die in erster Linie zur Förderung der Zirkulation dienen und zu Gunsten des Gewerbes eingerichtet wurden. Wer mehr als zwei Stunden parkieren will, muss in ein Parkhaus. Es stimmt somit nicht, dass man in der Altstadt nicht mehr als zwei Stunden parkieren kann.

Städtische Werke: Die gemachten Aussagen sind nicht korrekt; die Ablieferungen der Städtischen Werke ergeben sich nicht automatisch aus der Formel der AGSSF, sondern der Payback ergibt sich aufgrund des Verhaltens und Wirkens der Werke, das heisst durch Arbeit und Einsparungen.

Parkierungen: Ich kann Sie beruhigen, der SR nimmt die Anregungen aus der SPK mit. Die Befürchtungen bezüglich der betroffenen Quartiere nehmen wir auf. Ich hoffe, dass wir den Tatbeweis nach der Umsetzung auch antreten können.

Ich beantrage Ihnen im Namen des SR, auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen der SPK zuzustimmen. “

**DETAILBERATUNG**

**Hinweis des Ratspräsidenten:** Es wurde kein Antrag auf Nichteintreten gestellt, Eintreten ist beschlossen.

Der **1. Vizepräsidenten, Daniel Schlatter (SP)**, wird die Vorlage des Stadtrats vom 24. Januar 2012 und den Bericht der SPK vom 11. Juli 2012 bis zu den Anträgen seitenweise verlesen.

Die Anträge der SPK werden jeweils beim entsprechenden Kapitel in der Vorlage beraten. Abgestimmt wird darüber - gleich wie über die bereits angekündigten Anträge - erst bei den Anträgen der SPK.

Der **1. Vizepräsident, Daniel Schlatter (SP)**, verliest die Vorlage vom 24. Januar 2012, Seite 1-21 wie folgt:

**Martin Roost (parteilos, OeBS) zu Seite 12 der VdSR vom 24. Januar 2012  
Massnahme Standardanpassungen Bewirtschaftung des Stadtwaldes:**

”Ich spreche zu den Stichworten auf Seite 12 der Vorlage: Reduktion unterhaltene Naturschutzflächen, Verzicht auf neue Projekte (minus CHF 90'000.--). Sie mögen nicht überrascht sein, dass ich an dieser Stelle das Wort ergreife. Entschuldigen Sie auch, wenn ich dieses Mal einige Worte mehr als üblich an Sie richte. Aber dieser Punkt in der SLA hat meine Kämpferseele herausgefordert. Wie Sie vermutlich wissen, bin ich seit mehreren Jahren in der Naturschutzkommission der Stadt

Schaffhausen. Natur- oder Artenschutz, damit meine ich nicht nur den Vogelschutz, gehören für mich neben Familie und Beruf zu meinen gesellschaftlichen Hauptaufgaben. Sie können sich fragen, warum sind wilde Tiere und Pflanzen überhaupt wichtig? Was würde passieren, wenn etwa der Gartenrotschwanz, von dem derzeit noch genau ein Brutpaar in der Stadt Schaffhausen existiert, aus unserer Stadt verschwände? Wahrscheinlich nicht viel. Zwar gibt es schöne Lehrbuchbeispiele dafür, dass der Verlust der einen Art den Tod einer anderen nach sich ziehen kann. Warum also den Gartenrotschwanz schützen? Weil man ihn nicht nachbauen oder kaufen kann. Artenschutz rettet Unwiederbringliches. Das unterscheidet den Naturschutz von anderen Feldern des Umweltschutzes. Als religiöser Mensch nenne ich es vielleicht Achtung vor der Schöpfung, andere nennen es Respekt vor der Komplexität des Lebens. Dieses Gefühl, diese Achtung vor der Schöpfung ist kein Luxus. Artenschutz ist auch kein Luxus, sondern eine Verpflichtung. Um Ihnen dies zu veranschaulichen, möchte ich einige Beispiele erwähnen: Die Stadt Schaffhausen, eigentlich muss ich sagen Hemmental, beherbergt eine der letzten Populationen der Heidelerche in der gesamten Schweiz. Dank des grossen Einsatzes von Landwirten und Naturschützern, die mit speziellen Pflegemassnahmen und Bewirtschaftungsverzicht diese hochbedrohte Art schützen, kommt sie in Schaffhausen überhaupt noch vor. Aber das kostet Geld. Im Gebiet Griesbach/Eschheimetal konnten dank dem Vernetzungsprojekt der Stadt zahlreiche bedrohte Tier- und Pflanzenarten gefördert und mit der Schaffung von neuen Lebensräumen wieder erfolgreich angesiedelt werden. Auch bei diesem Projekt werden die Landwirte für ihren Mehraufwand und Minderertrag entschädigt. Diese Massnahmen sind nicht kostenlos. Mit diesen wenigen Beispielen - ich könnte Ihnen noch hunderte nennen - möchte ich Ihnen die Notwendigkeit und Wichtigkeit des Naturschutzes näher bringen.

Bleiben wir beim anfangs erwähnten Gartenrotschwanz, der als letzter Mohikaner in einem Obstgarten im Grubental brütet. Nun, der Obstgarten liegt in der Bauzone und wird in naher Zukunft gefällt und überbaut. Dies lässt sich nicht verhindern, in der Stadt wird gebaut, und wir können und möchten diese Tätigkeit auch nicht verhindern. Ich meine aber, dass in der jetzigen bauintensiven Zeit dringend auch neuer Raum für die Natur geschaffen werden muss. Deshalb wehre ich mich, das heisst, ich bitte Sie leidenschaftlich, diesen vermeintlichen Einsparungsposten des Stadtrats nicht zu unterstützen. Im Budget 2012 geben wir bescheidene CHF 384'000.-- für Arten- und Naturschutz in der Stadt aus. Mit dieser Vorlage will der Stadtrat ungefähr CHF 90'000.-- für den Naturschutz streichen. Was ich hingegen unterstützen kann, ist das Vorhaben, gewisse Extremstandorte und Steilhänge nicht mehr zu bewirtschaftet. Das macht Sinn. Lassen Sie es aber nicht zu, dass unsere Tier- und Pflanzenwelt in den nächsten Jahren noch mehr verarmt. Ich appelliere an den Stadtrat und bitte Sie, Ihren Entscheid zu überdenken. Reduzieren Sie nicht den zukünftigen Naturschutz. Im Gegenteil, liebe zukünftige Stadträte, investieren Sie vermehrt in diesen Bereich. Sie werden tief im Herzen gewinnen. "

**SR Peter Käppler:**

"Ich bedanke mich bei Martin Roost für sein sehr engagiertes Votum und dafür, dass er ein sehr engagierter Kämpfer für die Natur ist. Der Stadtrat wird sich seine Worte zu Herzen nehmen. Er beabsichtigt keineswegs, den Natur- und Artenschutz zu reduzieren. Es ist lediglich vorgesehen, gewisse Standorte nicht mehr zu bewirtschaften oder den *Anteil* der unterhaltenen Flächen, nicht aber die Flächen, zu reduzieren. Dort, wo wir die Notwendigkeit und die Möglichkeiten sehen, uns für den Naturschutz einzusetzen, werden wir dies tun; auch unsere Mitarbeitenden, die sich in diesem Bereich wie Martin Roost mit grossem Einsatz engagieren, sind nicht

bereit, Kompromisse einzugehen. Wir versuchen, wo immer möglich, Einsparungen zu finden, aber nicht zu Lasten der Natur. Mit kreativen Massnahmen werden wir den Standard auch weiterhin sehr hoch halten. “

**Christine Thommen (FDP) zu Seite 15 der VdSR vom 24. Januar 2012:  
Massnahme Personalrekrutierung:**

”Ich möchte Ihnen beliebt machen, heute Abend rund CHF 60'000.-- jährlich zusätzlich zu sparen, und zwar erst noch, wie ich finde, ohne jemandem ernsthaft weh zu tun. Ich möchte Sie davon überzeugen, dem Stadtrat heute entgegen einer knappen Mehrheit der Spezialkommission grünes Licht zur Umsetzung der Massnahme Personalrekrutierung zu geben. Bisher veröffentlicht die Stadt alle zwei Wochen ein Sammel-Jobinserat in den Schaffhauser Nachrichten und in der az. Zusätzlich werden alle Stellen auf der Stadt Homepage und auf einschlägigen Jobportalen aufgeschaltet. Von den durchschnittlich rund CHF 110'000.--, welche die Stadt für die Personalrekrutierung ausgibt, entfällt über die Hälfte auf Inserate in den Printmedien. Mit der vom Stadtrat empfohlenen Massnahme sollen sich die Stelleninserate im Regelfall von den Printmedien auf die einschlägigen Online-Plattformen verschieben.

Es ist eine Tatsache, dass heutzutage von der ganz grossen Mehrheit der Stellensuchenden, und zwar von jung bis Richtung Pensionsalter, das Internet genutzt wird, um sich über offene Stellen zu informieren. Das kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen, nachdem ich in den letzten Wochen gesamthaft 200 Bewerbungsdossier für das Fachsekretariat der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde erhalten habe. Fast alle Bewerberinnen und Bewerber beriefen sich auf die elektronische Ausschreibung. Es liegt aufgrund dieser Tatsache auf der Hand, dass offene Stellen der Stadt daher nur noch über das Internet ausgeschrieben werden können, ohne dass sich dadurch für die Stellensucher und für die Mehrheit der Stellensuchenden etwas ändert. Beide Seiten werden dadurch keinen oder allenfalls einen verschwindend kleinen möglichen Nachteil erleiden. Zu denken wäre da beispielsweise an den Fall, dass jemand, der nicht aktiv eine Stelle sucht, beim Durchblättern der Zeitung auf eine Stellenausschreibung trifft, die ihn interessiert, sich daraufhin bewirbt und dann erst noch tatsächlich der beste Bewerber ist und die Stelle erhält. Dass sich dies so abspielt, ist zwar nicht ganz unmöglich. Diese allfällige Möglichkeit kann aber keine CHF 60'000.-- pro Jahr wert sein, beziehungsweise es darf es unserer Ansicht nach wert sein, CHF 60'000.-- pro Jahr einzusparen und dafür in allenfalls einem von vielen Fällen halt nur den zweitbesten Bewerber zu bekommen. Diese eben geschilderte Konstellation ist meines Erachtens die einzige, die im Rahmen der Diskussion dieser Sparmassnahme eine ausschlaggebende Rolle spielen darf, was sie aber meiner Meinung nach gerade *nicht* tut, wie eben erwähnt.

Keine ausschlaggebende Rolle spielen dürfen aus meiner Sicht die in der SPK gegen die Realisierung der Massnahme herangezogenen Argumente wie Presseförderung und Transparenz. Zur Presseförderung: Unbestrittenermassen sind für die Stadt die lokalen Printmedien für die Berichterstattung sehr wichtig. Wenn man aus diesem Grund nachvollziehbarerweise die Printmedien unterstützen will, dann muss man sich fragen, womit. Dabei kann es meines Erachtens nicht sein, dass man die Printmedien mittels Stelleninseraten unterstützt, die man eigentlich gar nicht mehr braucht, nur um der Unterstützung willen. Hier gäbe es andere Optionen, die vom Stadtrat umfassend geprüft werden müssten. Ich denke beispielsweise an grössere oder mehr Inserate für die Veranstaltungen des Stadttheaters. Da wäre nämlich noch ein Return on Investment zu erwarten, indem mehr Zuschauer

gewonnen und mehr Einnahmen erwirtschaftet werden können. Dass man mit Stelleninseraten auch Transparenz über das schafft, was im Personalbereich läuft, ist richtig; es haben sich hieraus ja bekanntermassen auch schon öfters Anfragen aus dem Grossen Stadtrat ergeben. Aber die interessierte printmedienlesende Bürgerin und der interessierte printmedienlesende Grossstadtrat müssten bei einer Verschiebung der Stellenausschreibungen von den Printmedien auf die elektronischen Medien keinesfalls zu Sherlock Holmes oder Marple-Missen mutieren, um ihr Informationsbedürfnis zu stillen. Auf der Webseite der Stadt sind die Stellenangebote fein säuberlich und leicht auffindbar aufgelistet. Mit ein oder zwei Mausklicks kriegt man alle Informationen. Das geht sogar noch schneller als die Zeitung durchblättern. Aus diesen Gründen gibt es meines Erachtens keine stichhaltigen Argumente, die gegen eine Verschiebung der Stelleninserate von den Printmedien auf die einschlägigen Online-Plattformen sprechen. Daher bin ich und mit mir die FDP-Fraktion für die Realisierung dieser Massnahme Personalrekrutierung und für das Einsparen von jährlich rund CHF 60'000.--. Wir werden einen entsprechenden Antrag stellen. “

**Andi Kunz (AL) zu Seite 15 der VdSR vom 24. Januar 2012:**

”Ich bin der Meinung, dass wir uns ins eigene Fleisch schneiden, wenn wir bei der Rekrutierung von neuem Personal den Sparhebel ansetzen. Zur Klärung: Hier geht es nicht darum, den Ausgabeposten für die Personalrekrutierung zu kürzen. Wie SR Peter Neukomm in der SPK auf meine Frage antwortete, gibt die Stadt jährlich rund CHF 90'000.-- bis CHF 130'000.-- aus. Der in der Vorlage veranschlagte Minderaufwand von CHF 60'000.-- bedeutet ein Wegfall von der Hälfte bis zwei Drittel des Gesamtaufwands. Wie ich den Stadtrat verstanden habe, geht es nicht um weniger oder wie von Till Hardmeier angesprochen um kleinere Inserate, sondern es wird in Zukunft so gut wie keine Inserate mehr in der SN und in der az geben. Falls dies nicht stimmt, bitte ich den SR um Richtigstellung.

Wer qualifiziertes Personal finden will, ist gut beraten, nicht nur die elektronischen Medien zu nutzen. Nur weil die Bedeutung des Internets im Medienmix zugenommen hat, bedeutet dies noch lange nicht, dass die Printmedien dadurch obsolet geworden sind. Die Vertreterinnen und Vertreter der SN und der az werden Ihnen bestätigen, dass beide Zeitungen intensiv gelesen werden, und zwar auf Papier. Wir begehen einen Fehler, wenn wir die Stelleninserate nur noch dort platzieren, wo die breiteste Wahrnehmung zu erwarten ist. Nicht die Masse im Internet ist die Lösung, sondern ein zielgruppenorientiertes Vorgehen. Eines sollten Sie nicht vergessen: Es haben noch nicht alle Leute auf Internet umgestellt. Meine Mutter beispielsweise nutzt noch immer hauptsächlich die Printmedien, um sich zu informieren, auch über Stellenangebote in der Region. Zudem gibt es viele, die zwar nicht aktiv einen neuen Arbeitgeber suchen, sondern einfach die Augen offen halten, ob ihnen ein interessantes Angebot begegnet. Es ist sicher keine Seltenheit, dass jemand über ein Stellenangebot gestolpert ist und daraus eine Anstellung entstand. Die vom Stadtrat vorgeschlagene Massnahme beinhaltet die Gefahr, diese Bevölkerungsteile aus dem Pool der möglichen Bewerberinnen und Bewerber auszuschliessen.

Ich lehne diese Massnahme deshalb entschieden ab. Ich bitte Sie, dem Antrag der SPK zu folgen. “

**Hermann Schlatter (SVP) zu Seite 16 der VdSR vom 24. Januar 2012::  
Neues Konzept für die Einteilung von gebührenpflichtigen Parkplätzen auf öffentlichem Grund für Parkzonen mit einheitlichen Parkgebühren und Parkzeiten:**

"Sie haben es gehört, meine Fraktion ist mit dem präsentierten einheitlichen Konzept für die Parkzonen einverstanden. Sie unterstützt auch die einheitlichen Gebühren innerhalb dieser Zonen, kann sich aber nicht damit einverstanden erklären, dass die Gebühren angehoben werden. Per Saldo soll der Plafond so bleiben, wie die Einnahmen heute sind. Ein entsprechender Antrag wird folgen. "

**Urs Tanner (SP) zu Seite 16 der VdSR vom 24. Januar 2012:**

"Ich werde einen Antrag bei der Durchsprache der Anträge der SPK zu Antrag 2 bringen. Bei den sehr divergierenden Meinungen möchte ich den vom SR ursprünglich vorgesehenen Antrag beliebt machen. Antrag 2 der SPK lautet dahingehend, dass der GrSR den SR beauftragt, die Massnahme 2 aus Kapitel 3.3.1 *unter Einbezug der Voten aus dem Spezialkommission* zu realisieren. Ich bitte Sie sehr, beim Antrag des SR zu bleiben, der besagt, dass der GrSR den SR beauftragt, die Massnahme 2 aus Kapitel 3.3.1 zu realisieren. Es geht doch nicht, dass die klar definierte Massnahme 2 unter Einbezug von Voten der Spezialkommission, die hier im Rat nicht bekannt sind, zu realisieren. Die Voten aus der Spezialkommission bewegen sich von Andi Kunz bis nach ganz rechts und fallen sehr unterschiedlich aus. Wir sagen entweder Ja oder Nein zu einer Massnahme; aber diese zu relativieren unter Einbezug von irgendwelchen Voten, macht keinen Sinn. Es fehlt die Einheit der Materie, bitte streichen Sie die Erweiterung mit dem Einbezug der Voten aus der SPK. Einen entsprechenden Antrag werde ich, wie eingangs bereits erwähnt, bei der Durchsprache der Anträge der SPK unter Antrag 2 stellen. "

**SR Jeanette Storrer:**

"Ich möchte zu den von Hermann Schlatter und von Urs Tanner angekündigten Anträgen kurz wie folgt Stellung nehmen: Wir hatten eine fundierte und auch sehr konstruktive Diskussion in der SPK, an der Hermann Schlatter und auch Till Hardmeier aktiv mitgewirkt haben. Die Frage des Auftrags an den Stadtrat in der Vorlage sieht von aussen tatsächlich etwas kompliziert aus. Betreffend Quartierverträglichkeit: Dieses Thema wird der SR ganz sicher aufnehmen. Der SR ist sich dessen bewusst, die SPK hat darauf ebenfalls besonderen Wert gelegt. Aus der Kommission erhielten wir viele wertvolle Hinweise, vor allem von Mitgliedern, die in Quartieren wohnen, in denen diese Problematik eine gewisse Rolle spielt. Diese würde ich gerne aufnehmen.

Betreffend bezahlbare Parkplätze und Park and Ride-Parkplätze in der äusseren Zone: Hier überlasse ich Ihnen den Entscheid. Es geht vor allem um die Differenzen zwischen den so genannten Zonen 3 und 4, wo moniert wurde, dass sich dort die längerfristigen Parkplätze befinden. In meiner Mail-Antwort an Hermann Schlatter habe ich zugesichert, dass wir die Angelegenheit Parkplätze und die Aufschläge nochmals sorgfältig prüfen werden (Schauweker'sches Gut und Munot, mit angrenzender Freiparkierzone). Grundsätzlich ist es nicht Gegenstand dieser Massnahme, Park and Ride-Parkplätze zu schaffen, darüber sind wir wohl uns alle einig. Dies gehört in die Debatte betreffend Richtplan. Hier sprechen wir über bestehende Parkplätze, die in Zonen mit einheitlichen Gebühren zusammengefasst werden sollen. Hinweis an Till Hardmeier und Hermann Schlatter: Wir haben die bestehenden Zeiten nicht verändert, es sind lediglich Feinjustierungen vorgenommen worden, das heisst gewisse Zeiten wurden verlängert, andere verkürzt, um die gewünschte einheitliche Zone zu erreichen. Wir haben die Parkzeit bei den

Parkplätzen in der Innenstadt keineswegs gekürzt, ausser vielleicht bei zwei oder drei einzelnen Parkplätzen. Die Parkzeit wurde bei einigen Plätzen neu auf zwei Stunden festgelegt. Der Hinweis von SR Peter Neukomm ist dahingehend sicherlich richtig; gegenüber früher haben wir ein merklich verbessertes Angebot in Zentrumsnähe mit Parkhäusern und unbegrenzter Parkzeit. Der Abstand zur Zone 2 ist ebenfalls nahe der Innenstadt, zum Beispiel der Kammgarnhof oder das Brühlmann-Areal, wo bis zu 5 Stunden geparkt werden kann. Die Park and Ride-Parkplätze, die tariflich von der SBB gestaltet werden, sind nicht diejenigen, die Hermann Schlatter anspricht, sondern er bezieht sich auf die Parkplätze, die zurzeit auf dem "Säulimarkt" sind und später zum gleichen Tarif auf dem Bleiche-Areal sein werden. Die unmittelbare Nähe zur Altstadt verteuert diese Plätze; auch im Vergleich mit anderen Städten und Gemeinden und im Hinblick auf die von Privaten erstellten Parkhäuser ist eine Erhöhung der Tarife nach Meinung des Stadtrats mit gutem Grund gerechtfertigt. Die Diskussion in der SPK war sehr konstruktiv, wofür ich mich an dieser Stelle nochmals bedanken möchte.

Ich bitte deshalb die Kommissionsmitglieder Schlatter und Hardmeier bei den Kommissionsanträgen zu bleiben (wie auch schon in der SPK). Ich nehme die von Ihrer Seite eingebrachten Anliegen ernst und werde diese aufnehmen. "

**Hermann Schlatter (SVP):**

"Im Grunde ist nicht klar, was schlussendlich von den eingebrachten Vorschlägen umgesetzt wird. Wir haben schon in der SPK eingebracht, dass dies eigentlich eine Konsultativfrage ist. Ich habe ausgesagt, dass sich unsere Fraktion mit einer flächendeckenden Einheitlichkeit einverstanden erklären kann, aber wir sind gegen eine Gebührenerhöhung. Betreffend Park und Ride-Parkplätze: Hier hat es auch "Zu-Pendler" aus den Landgemeinden, beispielsweise am Morgen, wenn die Bankangestellten der Kantonalbank kommen. Sehr viele Leute parkieren dort, die in der Stadt arbeiten. Es sind nicht nur "Weg-Pendler", sondern solche, die "zupendeln". Diese müssen jetzt einen Aufschlag von 16 Rappen auf einen Franken auf dem Munot oder von 40 Rappen auf einen Franken auf dem "Viehmarkt" bezahlen, was monatlich CHF 200.-- bedeutet und somit gleich teuer wie in einem gedeckten Parkhaus ist. Das kann nicht sein. "

**SR Jeanette Storrer:**

"Sie sagen jetzt, dass Sie nicht wüssten, was der Stadtrat macht. Der SPK wurde bereits ein sehr detailliertes Konzept vorgelegt. "

**Martin Egger (FDP) zu Seite 17 der VdSR vom 24. Januar 2012:**

"Betreffend Rebhut: Die FDP-Fraktion hat sich gegen eine Umzonung von Teilen der Rebflächen ausgesprochen, jedoch bedauert die Mehrheit der FDP-Fraktion, dass die Chance nicht wahrgenommen wird, die Vor- und Nachteile eines Outsourcings des Rebbetriebs zu überprüfen. Aus diesem Grund stellen wir den Antrag, die stadträtliche Empfehlung beizubehalten und für eine definitive Entscheidung im Grossen Stadtrat die notwendigen Grundlagen eines Outsourcings zu erarbeiten. "

**Kurt Zubler (SP):**

"Wie bereits ausgeführt, empfehlen wir dem Rat, auch in diesem Punkt der Empfehlung der SPK zu folgen. Hermann Schlatter wies daraufhin, dass die Kelterung bereits schon heute nicht von der Stadt gemacht wird. Das ist richtig, und es war ein ehemaliger SVP-Regierungsrat, der leider den Staatskeller liquidiert hat. Das war ein Fehler, den ich noch heute bedauere. Das heisst noch lange nicht, dass

wir diesem falschen Schritt Folge leisten müssen. “

**Iren Eichenberger (OeBS) zu Seite 18 der VdSR vom 24. Januar 2012:**

”Ich möchte zuerst ausführen, wovon wir hier überhaupt reden. Es geht um Menschen in unserer Stadt, die zusätzlich zu ihrer AHV oder IV-Rente Ergänzungsleistungen zugute haben. Beides zusammen soll ein Existenzminimum erreichen, das für eine Einzelperson pro Monat CHF 1'587.50 erreicht; für ein Ehepaar CHF 2'381.25, für 3 Personen CHF 3'210.-- und für 4 Personen CHF 4'038.75. Die Zahlen für die existenzsichernde Leistung sind somit haargenau und klar definiert. Ausser Miete (maximal werden CHF 1'250.-- inklusive Nebenkosten angerechnet) und Krankenkassenprämie (maximal CHF 374.-- für Erwachsene) sind alle weiteren Kosten vom genannten Betrag zu bezahlen. Um welche Kosten handelt es sich? Versicherungen, Telefon, Fernsehgebühr, Strom, Kleider, Schuhe, Nahrungsmittel, aber auch Dienstleistungen wie beispielsweise Coiffeur, Pedicure, öffentlicher Verkehr, allenfalls Taxikosten (für behinderte Menschen), ferner Ausgaben für Gesundheit oder Betreuung, die nicht durch die Kasse gedeckt sind, Geschenke, Haustiere und Freizeit. Ebenfalls nicht zu vergessen ist die Tatsache, dass ein Rentenjahr nicht “mal 13”, sondern nur “mal 12” ist. Um diesem Personenkreis das Leben ein klein wenig zu erleichtern, haben Stätte, und nicht nur Schaffhausen, Neuhausen und Winterthur, in den 80iger Jahren die Beihilfe in der Höhe von CHF 1'000.-- pro Jahr geschaffen, das heisst jeden Monat CHF 80.-- verfügbar zu haben, während der Rest bis auf den letzten Rappen ausgegeben werden muss. Sie entscheiden heute Abend über diese CHF 80.-- pro Monat. Nein, Sie entscheiden nicht, sondern Sie fordern erst Grundlagen, die eine detaillierte Analyse, eine sogenannte Kosten-/Nutzenanalyse erlauben. Für die Betroffenen ist diese sehr schnell gemacht: Es bedeutet, auch sie auch das Wenige abstreichen, das vielleicht ab und zu möglich war; zum Beispiel eine Massage, Pedicure, eine tierärztliche Behandlung für die Katze oder den Hund, ein kleiner Ausflug oder andere Kleinigkeiten. Nebenbei bemerkt: Der jährliche AHV-Beitrag, der obligatorisch zu bezahlen ist, kostet CHF 475.--, das ist ziemlich genau die Hälfte dessen, was sie von der Beihilfe erhalten. Wollen Sie tatsächlich Leute, die jahrelang gearbeitet und Kinder gross gezogen haben, so beschneiden? Wollen Sie eine Gruppe von Mitbürgern wieder in die dritte Klasse Wagen mit nostalgischen Holzbänken verbannen? Ich brauche keine Analyse über den Nutzen für die Stadt, der Schaden für die Betroffenen ist gross genug. Ich sehe kein Argument, das stichhaltig den schäbigen Entscheid für diesen Abbau rechtfertigen würde. Nur weil es anderen noch schlechter geht, kann ich nicht stehen lassen. Vielmehr wäre dort Handlungsbedarf, wo eine grosse Ungerechtigkeit geschieht, alles andere ist zynisch. Wenn es Ihnen mit Sparen ernst ist, sparen Sie jetzt das Geld für diese Analyse. Ich und wahrscheinlich auch andere werden den Antrag stellen, diese Massnahme zu streichen. “

**Kurt Zubler (SP):**

”Iren Eichenberger hat mir aus dem Herzen gesprochen und den bereits angekündigten Antrag umfassend und detailliert begründet. Ich habe ausgerechnet, dass es CHF 2,65 pro Tag sind, die wir den nicht auf Rosen gebetteten Menschen wegnehmen würden. Sie mögen sagen, dieser Betrag sei nichts. Aber wer wenig hat, für den ist es eben viel. Ich bitte Sie, unserem Antrag Folge zu leisten. “

**SR Jeanette Storrer:**

”Kurt Zubler hat mich einleitend schon herausgefordert; ich möchte an dieser Stelle seinen Vorhalt der Unterstellung deutlich in Abrede stellen. Ich habe nochmals kurz das besagte Protokoll vom 4. Juni 2012 überprüft; davon ist darin keine Rede. Man

kann seine Meinung ändern, darin sehe ich gar kein Problem; aber man kann es nicht anderen in die Schuhe schieben. Die hier zur Debatte stehende Massnahme betrifft einen hochsensiblen Bereich, und dessen ist sich der Stadtrat sehr bewusst. Es ist daher auch richtig, wenn sich das Parlament gründliche Überlegungen macht. Dazu gehören auch die von Kurt Zubler und Iren Eichenberger eingebrachten Gedanken. Dafür hat der SR volles Verständnis. Zusätzlich zu den Ausführungen in der Vorlage hat das Sozialreferat für die Beratung in der SPK ausführliches Daten- und Zahlenmaterial - aber keine Wertungen - präsentiert, das erlaubt, die Geschichte der städtischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenbeihilfe kennenzulernen, zum Beispiel wann wurde diese finanzielle Beihilfe eingeführt, beziehungsweise woher kommt sie. Sie wurde im Jahr 1956 eingeführt, noch bevor die Sozialversicherung und die heute gesetzlich geregelte Ergänzungsleistung von der IV geschaffen wurden.

Falls das Parlament heute beschliesst, den SR mit der Ausarbeitung der Vorlage zu beauftragen, werden darin die Hintergründe und die Auswirkungen vertieft untersucht. Dies haben wir bisher im Detail noch nicht erarbeitet. Zwei Informationen sind für Ihre Entscheidung wichtig: Weshalb ist das Thema städtische Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenbeihilfe im Rahmen der SLA aufgegriffen worden? Es handelt sich dabei um eine kommunale Beihilfe ohne gesetzliche Verpflichtung, die auf einen Kreditbeschluss zurückgeht, über dessen Rahmen im Jahr 1956 abgestimmt wurde und den das Volk bewilligt hatte. Das Parlament hat sich zu dieser Leistung schon lange nicht mehr geäussert. Gleichzeitig haben sich die äusseren Umstände, worauf damals diese kommunale Unterstützung basierte, grundlegend verändert. Es ist richtig und in jeder Hinsicht erheblich, dass ein Wegfall dieser Beihilfe für eine Personengruppe mit knappen finanziellen Ressourcen bedeutend ist und Auswirkungen hat; dies stellt niemand in Abrede. Dennoch erachtet es der Stadtrat vor dem Hintergrund meiner Ausführungen für korrekt und mit Blick auf die Tatsache, wie dieses Thema in anderen Schaffhauser Gemeinden gehandhabt wird, für wichtig, eine entsprechende Vorlage zuhanden des Parlaments zur Schaffung einer zeitgemässen Rechtsgrundlage für den definitiven Entscheid betreffend Wegfall oder Belassen dieser Beihilfe ausarbeiten, da die Beihilfe zurzeit nur auf einer Richtlinie des Stadtrats basiert. “

Der **1. Vizepräsident, Daniel Schlatter (SP)**, verliest den Bericht und Antrag der Spezialkommission vom 11. Juli 2012, Seite 1-2 mit den Anträgen wie folgt:

Der **Ratspräsident** bittet das Plenum im Sinne einer effizienten Beratung, zusätzliche Ausführung grundsätzlich nur dort anzubringen, wo diese tatsächlich notwendig sind, da die Begründung der Anträge sowie teilweise die entsprechenden Repliken bereits erfolgten.

## **ANTRÄGE**

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates “Systematisierte Leistungsanalyse (SLA) Massnahmenpaket 2” vom 24. Januar 2012 und vom Bericht der Spezialkommission vom 11. Juli 2012. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, die Massnahme 2 aus Kapitel 3.3.1 (Neues Konzept für die Erteilung von gebührenpflichtigen Parkplätzen auf öffentlichem Grund in Parkzonen mit einheitlichen Parkgebühren und

Parkzeiten) unter Einbezug der Voten aus der Spezialkommission zu realisieren.

**Antrag Hermann Schlatter (SVP):**

"Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, die Massnahme 2 aus Kapitel 3.3.1 (Neues Konzept für die Erteilung von gebührenpflichtigen Parkplätzen auf öffentlichem Grund in Parkzonen mit einheitlichen Parkgebühren und Parkzeiten) ohne saldomässige Gebührenerhöhung zu realisieren. Gestrichen wird die Passage "... unter Einbezug der Voten aus der Spezialkommission".

**Antrag Urs Tanner (SP):**

"Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, die Massnahme 2 aus Kapitel 3.3.1 (Neues Konzept für die Erteilung von gebührenpflichtigen Parkplätzen auf öffentlichem Grund in Parkzonen mit einheitlichen Parkgebühren und Parkzeiten) zu realisieren. Gestrichen wird die Passage "... unter Einbezug der Voten aus der Spezialkommission".

**SR Peter Neukomm** plädiert dafür, den von Hermann Schlatter (SVP) gestellten Antrag nicht zu unterstützen. Es geht darum, ob die Gebühren der Stadt Schaffhausen adäquat und zeitgemäss sind; auch Gebühren sind wichtige Einnahmen für die Stadt.

Der **Finanzreferent** bittet das Ratsplenum den Antrag der SPK in der vorliegenden Form gutzuheissen und nicht etwas zu beschliessen, das im Kompetenzbereich des Stadtrats - und nicht des Parlaments - liegt.

**Abstimmung:**

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag Urs Tanner (SP) mit 13:12 Stimmen gut.

**Abstimmung Antrag Urs Tanner (SP) gegenüber ursprünglichem Antrag der SPK:**

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag 2 der SPK vom 11. Juli 2012 mit 21 : 10 Stimmen gut.

**Antrag Christine Thommen (FDP) auf neue Ziffer 2 zu Massnahme 1 aus Kapitel 3.3.1 Personalrekrutierung:**

"Der Grosse Stadtrat beauftragt den SR, die Massnahme 1 aus Kapitel 3.3.1 (Personalrekrutierung) zu realisieren. "

Der **Ratspräsident** weist präzisierend daraufhin, dass bei Annahme dieses Antrags unter Ziffer 4 die Massnahme 1, Personalrekrutierung, aus Kapitel 3.3.1 automatisch gestrichen wird.

**Abstimmung:**

Der GrSR lehnt den Antrag von Christine Thommen (FDP) mit 20:11 Stimmen ab.

3. Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, für die Massnahme 4 aus Kapitel 3.3.2 (Städtische Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenbeihilfe) die für einen definitiven Entscheid erforderlichen Grundlagen auszuarbeiten und dem Grossen Stadtrat eine Vorlage zu unterbreiten.

**Antrag Kurt Zubler (SP):**

„Ich bitte Sie um Streichung des Antrag 3 und erlaube mir noch eine kurze Antwort an SR Jeanette Storrer. Sie hat ausgesagt, dass im Protokoll kein Hinweis auf eine Debatte vermerkt sei. In meinem Votum habe ich erläutert, dass wir damals von der Argumentation überrumpelt waren. Das Hauptargument bestand darin, dass Sozialhilfebeziehende weniger bekämen oder eben diese Beilage gar nicht erhielten. Es sei demnach ungerecht. Bei der Abstimmung habe ich es dann aber noch gemerkt, allerdings ohne Votum Nein gestimmt, da ich ein solches vor lauter Überrumpelung tatsächlich nicht hatte formulieren können. Sie erlauben, dass man seine Meinung nach nachträglichem Reflektieren noch ändert, und diese erst im Rat vorträgt. Dies muss in einem Ratsbetrieb möglich sein.“

**Abstimmung:**

Der Grosse Stadtrat heisst mit Stichentscheid des Ratspräsidenten, Dr. Raphaël Rohner (FDP), den ursprünglichen Antrag 3 der SPK vom 11. Juli 2012 mit 17:16 Stimmen gut.

4. Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, folgende Massnahmen aus Kapitel 3.3 der Vorlage zu streichen und nicht weiter zu verfolgen:

Kapitel 3.3.1 Massnahme 1 Personalrekrutierung

Kapitel 3.3.2 Massnahme 3a) Weingut/Rebgut, Umzonung Teile der Rebfläche

Kapitel 3.3.2 Massnahme 3b) Weingut/Rebgut, Outsourcing des Rebbetriebs

**Antrag Martin Egger (FDP):**

„Folgende Massnahmen werden weiter verfolgt und nicht gestrichen: Kapitel 3.3.1, Massnahme 1, Personalrekrutierung sowie Kapitel 3.3.2, Massnahme 3b), Weingut/Rebgut, Outsourcing des Rebbetriebs. Gestrichen und nicht weiter verfolgt wird Massnahme 3a) aus Kapitel 3.3.2, Weingut/Rebgut, Umzonung Teile der Rebfläche.“

Der **Ratspräsident, Dr. Raphaël Rohner (FDP)**, verweist an dieser Stelle auf die soeben durchgeführte Abstimmung zum Kapitel 3.3.1, Massnahme 1, Personalrekrutierung und präzisiert, dass nur noch die Massnahmen 3a) und 3b) betreffend Weingut/Rebgut zur Abstimmung stehen.

**Till Hardmeier (JFSH):**

„Basierend auf Bemerkungen aus den Reihen der Parlamentarier hinter mir, möchte ich beliebt machen, nochmals darüber abzustimmen.“

Der **Ratspräsident** wiederholt den Wortlaut des von Christine Thommen (FDP) gestellten Antrags zu Massnahme 1 aus Kapitel 3.3.1 wie folgt:

„*Der GrSR beauftragt den SR, die Massnahme 1 aus Kapitel 3.3.1 (Personalrekrutierung) zu realisieren*“. Dieser Antrag wurde mit 20:11 Stimmen abgelehnt und demzufolge ist die Streichung bereits beschlossen. Der Grosse Stadtrat kann nur über den von Martin Egger (FDP) gestellten Antrag zu Kapitel 3.3.2, Massnahme 3b), Outsourcing des Rebbetriebs, abstimmen.

**Till Hardmeier (JFSH):**

„Vielleicht müssen diejenigen, die betreffend Massnahme 1 aus Kapitel 3.3.1, Personalrekrutierung, anderer Meinung sind, sich noch zu Wort melden. Ich

habe auch verstanden, Martin Egger spreche zu Massnahme 3a), Umzonung Teile der Rebfläche. Ich möchte an dieser Stelle aber ebenfalls beliebt machen, den Antrag betreffend Outsourcing, Massnahme 3b), weiter zu verfolgen. “

**Erneute Präzisierung des Ratspräsidenten zur Abstimmung:**

Zur Abstimmung gelangt der von Martin Egger (FDP) gestellte Antrag zu Kapitel 3.3.2 Massnahme 3b), Weingut/Rebgut, Outsourcing, weiter zu verfolgen.

**Abstimmung:**

Der GrSR heisst den ursprünglichen Antrag der SPK vom 11. Juli 2012 mit 18:13 Stimmen gut.

**Rückkommensantrag Thomas Hauser (FDP):**

”SR Peter Neukomm hat zu Recht gesagt, es sei zu heiss. Ich habe auch den Eindruck, dass betreffend Antrag Christine Thommen in den hinteren Reihen bei der SVP etwas falsch verstanden wurde. Ich beantrage, diese Abstimmung nochmals klar zu wiederholen. “

**Peter Möller (SP):**

”Christine Thommen hat ihren Antrag eloquent vorgetragen und diesen klar - oder eben scheinbar weniger klar - und länger begründet. Ich sehe keinen Grund für ein Rückkommen, auch wenn es heiss ist und sich ausgerechnet die Fensterplätze trotz mehr Luftzufuhr geirrt haben sollen. Falsch aufstehen ist kein Rückkommensgrund. Der Antrag wurde klar formuliert. “

**Edgar Zehnder (SVP):**

”Ich wurde aus unseren Reihen der Fensterplätze darauf hingewiesen, dass ich als früherer Präsident auch etwas sagen sollte. Ich finde, Dr. Raphaël Rohner macht es nicht so schlecht. Es ist heiss in diesem Saal. Vielleicht sind Anträge gekommen, die nicht so vorgesehen waren. Aber ich glaube, jeder - mindestens gilt dies für mich - hat verstanden, was Christine Thommen wollte. Auch bei uns - bis vielleicht auf einen oder zwei - haben es alle verstanden. Es gab auch schon Abstimmungen, wo ich dachte, diese Seite (rechte Seite vom Randerpult aus, SP/AL-Fraktion) habe nichts verstanden. “

**Abstimmung:**

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Thomas Hauser (FDP) gestellte Rückkommensantrag mit 21:10 Stimmen ab.

**Antrag von Till Hardmeier (JFSH), ergänzende Ziffer 5, betreffend Kapitel 5/Ausblick, auf Seite 2 des SPK-Berichts vom 11. Juli 2012:**

”Auf Seite 2 des SPK-Berichts sehen Sie Kapitel 5, Ausblick, unter lit. a-d werden Punkte aufgelistet. Wir haben darüber bereits in der SPK diskutiert. Wie wir vom Stadtrat gehört haben, findet ein permanenter Prozess in Zukunft statt, den wir - im ureigenen Sinn des Stadtrats - ja auch transparent machen können. Es könnte durchaus sein, dass beispielsweise auch eine Massnahme nicht weiter verfolgt wird. Der Finanzplan ist tief rot, uns fehlen rund CHF 40 Millionen in der Kasse. Wir müssen den mit SLA eingeschlagenen Weg unbedingt weiter beschreiten. Das Beispiel Zusammenarbeit

Stadt-Kanton-Neuhausen hätte ich persönlich gerne in der SLA integriert, weil meiner Ansicht nach viel Potenzial für Vorschläge vorhanden ist, die vermutlich niemandem gross weh tun. Mein Antrag lautet: Weiterführung eines SLA-Prozesses mit den unter lit. a-d im SPK-Bericht vom 11. Juli 2012 aufgeführten Kriterien. “

**SR Peter Neukomm:**

”Ich habe Ihnen beim Eintreten zu erklären versucht, dass die Verabschiedung des Massnahmenpakets 2 nicht heisst, dass keine weiteren Verbesserungen umgesetzt werden. Wir machen dies aus eigenem Interesse und weil es zu unserer Führungsaufgabe gehört. Dies geschieht aber konkret im Zusammenhang mit unserer Aufgabenerfüllung und nicht über generelle Aufträge. Hier werden wir und die Führungskräfte von der SLA profitieren, weil sie in einen Prozess von permanenten Verbesserungen mit laufender Leistungsüberprüfung und -optimierung überführt wird. Wie Sie aus den bisherigen Paketen ersehen können, steht die Frage der Zusammenarbeit mit dem Kanton und anderen Gemeinden ganz weit oben; wie Sie wissen, laufen bereits einige Projekte. Es braucht jedoch keinen weiteren Auftrag. Zudem wird im Rahmen des Projekts Wertschätzung das Thema Vorschlagswesen weiter verfolgt. Jetzt geht es in der Verwaltung aber primär darum, die knapp 70 Massnahmen aus den beiden Massnahmenpaketen fristgerecht umzusetzen, damit wir 2014 die finanzielle Entlastung erreichen, die wir anvisieren.

Wir entscheiden heute über das Massnahmenpaket 2 der SLA. Der Stadtrat findet es falsch, weitere politische Aufträge und neue Massnahmenpakete mit einzupacken. Dies grenzt für uns an parlamentarische Übersteuerung. Deshalb beantragt Ihnen im Namen des SR, den Antrag von Till Hardmeier (JFSH) abzulehnen und bei den Anträgen der SPK zu bleiben. “

**Abstimmung:**

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Till Hardmeier (JFSH) gestellten Antrag mit 20:10 Stimmen ab.

Der **Ratspräsident** stellt abschliessend fest, dass die ursprünglichen Anträge der SPK vom 11. Juli 2012 in unveränderter Form und ohne Ergänzung zur Schlussabstimmung stehen.

---

**SCHLUSSABSTIMMUNG**

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrats vom 24. Januar 2012 sowie den Bericht und Antrag der SPK mit den angepassten Anträgen vom 11. Juli 2012 mit 16:11 Stimmen gut.

**Das Geschäft ist erledigt.**

**Schlussmitteilung des Ratspräsidenten:**

Das Büro hat entschieden, dass aufgrund der fortgeschrittenen Stunde auf die Beratung von Traktandum 3 verzichtet wird.

**Neueingegangenes Geschäft:**

Postulat von Till Hardmeier (JFSH): Mehr Rhein für Schaffhausen, Eingang 21. August 2012.

Die nächste Ratssitzung findet am Dienstag, 18. September 2012, 18 Uhr, statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 20:50 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring